Nr. 95. – 33. Jahrg.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3.90 Mk., monatl. 1.30 Mk., wöchentlich 30 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Postabonnement: 1.30 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2.50 Mark, für das übrige Ausland 4 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

5 Pfennig

Die Insertions-Gebühr
beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 60 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen", das fettgedruckte Wort 20 Pfg. (zulässig 2 fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90—151 97.

Mittwoch, den 5. April 1916.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90—151 97.

Eine tote Ente.

Von Ph. Scheidemann.

Seit einem Jahre haben Wortführer der Parteiopposition in Wort und Schrift immer wieder die Behauptung aufgestellt, daß die deutsche Reichsregierung ein englisches Friedensangebot abgelehnt habe. Es sei die Ablehnung dieses Friedensangebots, mit dem vornehmlich die Herren Rennstallbesitzer Tepper-Laski, Professor Schücking und der holländische Unterstaatssekretär im Justizamt Dresselhuys in Verbindung gebracht wurden, natürlich nur deshalb erfolgt, weil die deutsche Regierung große Eroberungsabsichten habe.

„Also imperialistischer Eroberungsabsichten wegen wird der Krieg fortgesetzt, muß das Volk weiter leiden!" usw. usw. Natürlich folgt dann stets die Anklage gegen die sozialdemokratische Parteileitung und die Mehrheit der Reichstagsfraktion, daß sie diese Politik unterstützte, sich also zum Mitschuldigen mache, sozialdemokratische Grundsätze preisgegeben hätte usw. Es unterliegt nicht dem geringsten Zweifel, daß gerade auf Grund dieser unehrlichen Agitation viele Genossen zur Opposition übergegangen sind. Sie haben sich gesagt: wenn derartige Behauptungen immer wieder aufgestellt werden, ohne daß ihnen seitens der führenden Genossen der Parteimehrheit entgegengetreten wird, dann muß doch etwas an der Geschichte sein.

Die Wortführer der Mehrheit haben dem Schwindel von dem englischen Friedensangebot deshalb nicht öffentlich entgegentreten können, weil ihnen die Hände viel mehr gebunden sind als der Opposition. Die tapferen Revolutionäre, die ihre unheilvolle Tätigkeit übrigens erst begonnen haben, nachdem sie sich überzeugt hatten, daß keine großen Gefahren für ihre Person damit verknüpft waren, haben in geschlossenen Kreisen und durch anonyme Flugschriften ihre Anklagen erhoben. Auf die gleiche Weise kann ihnen nicht entgegengetreten werden. Sobald man ihr Tun aber öffentlich hätte kennzeichnen wollen, würde der eine oder andere von ihnen vielleicht behördlichen Belästigungen ausgesetzt worden sein. Die Folge davon wäre dann natürlich wieder gewesen der Vorwurf der Denunziation durch die „Sozialpatrioten" und wie die schönen Bezeichnungen sonst alle heißen mögen. Wir müssen es uns auch jetzt noch versagen, so deutlich zu sein, wie wir es gern sein möchten, aber das sei vor der gesamten Partei hiermit festgestellt:

„Die Rederei von den von England angeblich schon im Frühjahr 1915 offerierten Friedensverhandlungen, die die deutsche Reichsregierung abgelehnt haben soll, ist fauler Zauber!"

Das ist nun schon zweimal innerhalb weniger Monate in der Budgetkommission des Reichstags mit aller Deutlichkeit nachgewiesen worden; das erste Mal freilich ohne jedweden Erfolg. Denn bis in die letzten Tage hinein ist die englische Friedenstaube, die längst als Ente erkannt worden ist, von der Opposition fruktifiziert worden. In den Sitzungen der Budgetkommission in den letzten Märztagen haben auf einige Bemerkungen des Abgeordneten Ledebour hin sowohl der Reichskanzler wie auch der Unterstaatssekretär Zimmermann schlagend den Nachweis geführt, daß es sich bei der englischen Friedensgeschichte um komplette Unwahrheiten handelt.

Was ist Wahres an der Geschichte? Herr Unterstaatssekretär Zimmermann hat am 30. März die Angelegenheit noch einmal wie folgt geschildert:

„Der bekannte deutsche Pazifist Professor Schücking sei zu ihm (Zimmermann) in das Auswärtige Amt gekommen und habe mitgeteilt, daß er in Holland u. a. auch mit dem Pazifisten v. Tepper-Laski an einer Anti-Orlog-Raad-Tagung teilgenommen habe. Bei der Gelegenheit habe sich der als Pazifist bekannte holländische Unterstaatssekretär Dresselhuys vom holländischen Justizministerium angeboten, als Friedensunterhändler zwischen Deutschland und England nach Berlin zu kommen. Auf Befragen hat Professor Schücking angegeben, daß Herr Dresselhuys **weder im Auftrage der holländischen Regierung handle, noch irgendwelche Vorschläge der englischen Regierung zu überbringen habe.** Er hätte also nur Angebote der deutschen Regierung hören und nach England weitergeben können. Er (Unterstaatssekretär Zimmermann) habe darauf erklärt, daß er **selbstverständlich jeden Beauftragten englischer verantwortlicher Staatsmänner oder ernsthafter politischer Kreise zu empfangen bereit sei,** es aber ebenso selbstverständlich ablehnen müsse, durch einen Privatmann seinerseits nach England Friedensangebote herüberzugeben."

Bemerkenswert war noch die Mitteilung Zimmermanns, daß er den Abgeordneten Haase schon vor langer Zeit zu einer Unterredung zu sich gebeten habe, nachdem er gehört hatte, daß die Friedensgeschichte u. a. auch von der sozialdemokratischen Parteiopposition unausgesetzt weiter verbreitet würde. Er habe dem Abgeordneten Haase mit rückhaltloser Offenheit das gesamte Material und die ihm zugegangenen Berichte unterbreitet. Auf die Frage, ob er irgend etwas an seiner (Zimmermanns) Haltung auszusetzen finde, habe Haase keine Antwort gegeben. Daß Genosse Haase bis in die jüngste Zeit mit dem englischen „Friedensangebot" trotzdem, so z. B. neuerdings in Königsberg, weiter operiert hat, ist durch die Presse bekannt geworden. Genosse Haase hat unter dem 25. März einen hektographierten Brief verschickt, in dem es in der Einleitung heißt:

„Ueber die Frage, ob im April 1915 von England aus eine Geneigtheit zur Anbahnung von Friedensverhandlungen bekundet worden ist, wird zurzeit wieder gestritten. Herr v. Tepper-Laski hat mir persönlich hierzu den folgenden, in Einzelheiten vervollständigten Bericht gegeben:

Der Unterstaatssekretär Dresselhuys habe ihm und Professor Schücking in Gegenwart einer anderen Persönlichkeit bei einer privaten Zusammenkunft gesagt: Die Holländer litten unter dem Kriege sehr. Ein Freund der Organisation („Gegen den Krieg") sei deshalb in England gewesen und habe sich dort bei einer im englischen Auswärtigen Amt sehr einflußreichen Person — wirklich sehr einflußreichen Person — erkundigt, ob nicht der Abschluß des Friedens jetzt möglich sei.

Diese Erkundigung sei nicht leicht gewesen. Sie hätte sozusagen durch Hintertüren und bei Nacht und Nebel geschehen müssen . . ."

Also Genosse Haase hat von dem Rittmeister v. Tepper-Laski erfahren, daß diesem und dem Professor Schücking Herr Dresselhuys erzählt hat, daß ein nicht genannter Freund der Organisation „Gegen den Krieg" in England war, um bei einem großen Unbekannten sich zu erkundigen, ob nicht Frieden gemacht werden könne! Der unbekannte Freund konnte leider mit dem großen unbekannten Mann nur durch „Hintertüren" und „bei Nacht und Nebel" verkehren. Aus diesem Nebel bleibt also deutlich erkennbar nur der in deutschen Arbeiterkreisen bereits sagenumwobene Herr Dresselhuys übrig. Dieser in Holland angeblich politisch einflußreiche Mann wird uns von holländischen Freunden als ein vollkommen bedeutungsloser Herr geschildert. Seine politische Bedeutung soll nicht über diejenige des Herrn Abgeordneten Mumm in Deutschland hinausgehen. Als er nach jener von ihm unternommenen Friedensaktion zu einem Pazifistenkongreß nach London reisen wollte, wurde ihm von der holländischen Regierung der Reisepaß verweigert, so daß er daheimbleiben mußte! So sehen die „einflußreichen" Männer aus, die mit Namen genannt werden. Danach kann man sich ungefähr vorstellen, wie einflußreich die Ungenannten sein mögen, die in Nacht und Nebel gehüllt sind.

Den Parteigenossen, die auf die Rederei von dem englischen Friedensangebot und ähnliche Schwätzereien hin zur Opposition übergegangen sind, wird es wie Schuppen von den Augen fallen, wenn man ihnen nach dem Kriege vollkommen reinen Wein wird einschenken können. Es ist ganz selbstverständlich, daß die deutsche Sozialdemokratie sich wie ein Mann erheben würde, wenn ein ernstzunehmendes Friedensangebot von unserer Regierung unbeachtet bliebe oder gar zurückgewiesen würde. Daran ist glücklicherweise kaum zu glauben. Es ist doch Tatsache, daß die Regierung den Annexionspolitikern ebensowenig Konzessionen gemacht hat, wie den „uneingeschränkten" und „rücksichtslosen" Torpedisten. Dagegen hat der Reichskanzler ausdrücklich vor aller Welt erklärt, daß er jederzeit bereit sei, Friedensangebote zu diskutieren.

Es ist die Pflicht der Sozialisten aller Länder, auf eine Verständigung hinzuwirken, damit den grausigen Kämpfen ein Ende bereitet werden kann. Leider sind alle von der deutschen Sozialdemokratie nach dieser Richtung hin unternommenen Versuche ergebnislos geblieben, vornehmlich deshalb, weil die französischen Sozialisten Teilhaber ihrer Regierung und mit dieser gewillt sind, erst Elsaß-Lothringen wieder zu erobern und den preußischen Militarismus zu schlagen, bevor sie sich mit uns wieder an einen Tisch setzen wollen.

Die Opposition in Deutschland scheint der Ansicht zu sein, daß wir in Deutschland wirklich erst Handlungen begehen müssen, wie sie die Franzosen auf ihrem Weihnachtskongreß von uns verlangt haben: wir sollen unserem Lande die Mittel verweigern, die die französischen Sozialisten selbstverständlich als „Mittel zum Siege" einstimmig bewilligen. Wir sollen dazu beitragen, die Landesverteidigung zu schwächen, um den Sieg Englands, Frankreichs und Rußlands zu erleichtern.

Das aber möge sich die Opposition gesagt sein lassen: was sie bisher an Handlungen begangen hat, genügt den Franzosen noch lange nicht. Mit blutigem Hohn werden sie überschüttet von führenden Genossen in Frankreich. Man verlangt noch viel mehr von ihnen. —

Eine Niederlage Deutschlands müßte für Handel und Industrie, also auch für Millionen von Arbeitern, die furchtbarsten Folgen haben: Arbeitslosigkeit, Not und Elend ohne Grenzen. Die deutsche Arbeiterschaft hat das größte Interesse daran, daß die Zerschmetterungsabsichten der Engländer, Franzosen und Russen zunichte gemacht werden.

Wir wollen nicht fremde Völker unterjochen, wollen selbst aber ein politisch unabhängiges Volk bleiben und die Möglichkeit haben, uns wirtschaftlich, politisch und kulturell weiter zu entwickeln.

An eine militärische Niederwerfung Deutschlands glaubt das Ausland nicht mehr. Alle Hoffnung wird deshalb gesetzt auf wirtschaftliche Not, Hunger, Zerrissenheit im Volke und Zwietracht der Parteien. Jedes Zeichen zunehmender Uneinigkeit und Spaltung ist eine neue Hoffnung der Feinde, verlängert den Krieg und kostet tausenden unserer eigenen Genossen Gesundheit und Leben.

Wir wollen den Frieden! Aber wir wollen ihn nicht auf den Knien erflehen. Wir wollen ihn auf dem Wege der Verständigung. Wollen das unsere Gegner nicht, wollen sie den Krieg weiter führen, dann müssen wir weiter zu unserm Lande stehen. (z)

Friedensschwindel?*)

Die Schlammfluten persönlicher Schmähungen und Verdächtigungen, die seit einiger Zeit gegen mich geleitet werden, haben mich nicht berührt. Jetzt veröffentlicht die Chemnitzer „Volksstimme" in ihrer Ausgabe vom 31. März cr. im Anschluß an einen Bericht aus der Budgetkommission einen Artikel mit der geschmackvollen Ueberschrift „Haases Friedensschwindel", der aus sachlichen Gründen nicht unberücksichtigt bleiben darf, läuft er doch auf eine grobe Irreführung der Parteigenossen in einer überaus wichtigen Frage hinaus.

Die Chemnitzer „Volksstimme" behauptet, „daß Haase über die Richtigkeit des Geschwätzes von der Ablehnung eines möglichen Friedens durch die zuständigen Stellen genau aufgeklärt war, dennoch seine demagogischen Treibereien fortgesetzt und die ganze Partei gegeneinander gehetzt hat".

Die Klobigkeit dieses Anwurfs steht im umgekehrten Verhältnis zu seiner Stichhaltigkeit.

Kurz zusammengefaßt ist der Sachverhalt folgender:

Im April 1915 hat der Unterstaatssekretär Dresselhuys im Haag den Herren von Tepper-Laski und Schücking in einer privaten Unterredung, zu der er sie eingeladen hatte, und nicht etwa in einer Sitzung des Anti-Orlog-Raad, mitgeteilt, ein Freund von ihm habe in London von einer im dortigen Auswärtigen Amt sehr einflußreichen Persönlichkeit auf eine Anfrage die Antwort erhalten, es würde sofort mit Deutschland über einen Frieden verhandelt werden können, wenn England nur wüßte, daß Deutschland nicht dauernd Belgien behalten wolle. Herr Dresselhuys hat sich infolgedessen erboten, nach Deutschland zu kommen, um Friedensverhandlungen anzubahnen, die, falls sie auch nur einige Aussicht auf Erfolg böten, von der angesehensten Persönlichkeit seines Landes, etwa dem Justizminister, fortgesetzt werden sollten. Diese Feststellung beruht auf der Bekundung der unmittelbaren Zeugen, deren Glaubwürdigkeit niemand anzweifelt, und auf der Bestätigung durch die ebenso glaubwürdigen Herren Professor Quidde in München und Rudolf Goldscheid in Wien, die die Tatsachen sofort von den Beteiligten selbst im Haag erfahren haben.

Die Bemühungen um die Ermächtigung, Herrn Dresselhuys nach Berlin zur Anbahnung von Verhandlungen einzuladen, sind, wie unstreitig ist, erfolglos gewesen.

Mehr als diese beglaubigten Tatsachen habe ich niemals behauptet; ihre Bedeutung kann nur verkennen, wer Scheuklappen vor den Augen hat.

Hat der Unterstaatssekretär Zimmermann die Tatsachen selbst bestritten? Durchaus nicht. Nach dem Bericht der Chemnitzer „Volksstimme" hat er erklärt, daß niemals ein englischer Friedensunterhändler abgewiesen sei, daß nach der Angabe, die ihm Herr Schücking gemacht habe, Herr Dresselhuys weder im Auftrage der holländischen Regierung handelte, noch Vorschläge der englischen Regierung zu überbringen hatte. Damit wird zu widerlegen gesucht, was nie behauptet worden ist. Herr Dresselhuys handelte für seine Person, aber nicht ins Blaue hinein, sondern gestützt auf die Erklärung einer im Auswärtigen Amt in London sehr einflußreichen Persönlichkeit. Das ist kein ungewöhnlicher Weg zur Anbahnung von Verhandlungen.

Die Aufklärung, die mir Herr Zimmermann gegeben hat, beschränkt sich auf folgendes: Er hat mir Kenntnis von Unterredungen gegeben, die mehrere Monate nach dem Vorgang im Haag Persönlichkeiten aus dem neutralen Ausland mit englischen Politikern und einem belgischen Politiker in London gehabt haben. Der Bericht über diese Unterredungen ließ erkennen, daß die Stimmung in England damals wenig friedensfreundlich war, was ich selbst auf Grund bekannter politischer Ereignisse anerkannte. Ueber den Vorfall im Haag sagte mir Herr Zimmermann, das Auswärtige Amt habe bona fide gehandelt, es habe in Herrn Dresselhuys nur einen Pazifisten erblicken können, hinter dem nichts stehe.

Die bona fides des Herrn Zimmermann in Zweifel zu ziehen, hatte ich keinen Anlaß. Er ist bei der Ablehnung, Herrn Dresselhuys nach Berlin kommen zu lassen, soweit mir bekannt ist, persönlich gar nicht beteiligt gewesen. Die Unterredung, die er nach seiner Angabe mit Herrn Schücking gehabt hat, hat wohl erst nachher stattgefunden. Wenigstens hat Herr von Tepper-Laski in einem schon im vorigen Jahre an die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" gesandten Bericht, der dort nicht zum Abdruck gekommen, aber seinem Wortlaut nach in politischen Kreisen bekannt geworden ist, Herrn Zimmermann gar nicht erwähnt. Er berichtet vielmehr, daß die Unterredung zwischen ihm, Herrn Schücking und Dresselhuys sofort vom Haag aus schriftlich dem Botschafter a. D. von Stumm und dem Gesandten a. D. von Leyden mitgeteilt worden sei, die beide in Fühlung mit dem Auswärtigen Amt waren, nach der Rückkehr aus dem Haag mündlich mehrfach zum Gegenstand von Erörterungen mit Personen gemacht

*) Anmerkung der Redaktion: Kurz bevor uns der Artikel des Genossen Scheidemann zuging, erhielten wir diesen Artikel des Genossen Haase, in welchem er sich gegen Angriffe, die in der gleichen Angelegenheit in der Chemnitzer „Volksstimme" gegen ihn gerichtet wurden, wendet.

worden sei, die dem Auswärtigen Amt nahestanden, und daß der Botschafter a. D. von Stumm zu erkennen gegeben habe, daß nach seinen Informationen zurzeit an leitender Stelle nichts zu erreichen sei.

Bei diesem Tatbestand wird für einen Sozialdemokraten wohl noch die Frage erlaubt sein: „Ist es zu viel verlangt, daß eine Regierung, wenn sie wirklich friedensbereit ist, sich die Gelegenheit nicht entgehen läßt, einen Unterhändler, der sich anbietet, zu empfangen, um wenigstens festzustellen, ob und inwieweit eine gegnerische Regierung zum Frieden geneigt ist?"

Anhänger der Fraktionsmehrheit verbreiten immer wieder mit der Miene der Eingeweihten, daß die Regierung stets friedensbereit gewesen sei; und sie haben dadurch wichtige Entscheidungen des Parteiausschusses und der Fraktion zu beeinflussen verstanden. Wie es mit dieser Behauptung steht, darüber ist von offiziöser Stelle selbst volle Klarheit geschaffen worden.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" hat am 25. April 1915 an dem Kopfe des Hauptblattes einen „Politischen Tagesbericht" vom 24. April 1915 gebracht, in dem es heißt:

„Kein Urteilsfähiger kann daran denken, die für Deutschland günstige Kriegslage zugunsten eines vorzeitigen Friedensschlusses irgend einem seiner Feinde preiszugeben. Nach der vorläufig allein möglichen allgemeinen Umschreibung des Kriegszieles, die der Reichskanzler in seinen Reden gegeben hat, müssen wir jeden Vorteil der militärischen Lage benutzen, um Sicherheit zu schaffen, daß keiner mehr wagen wird, unseren Frieden zu stören. Dabei muß es bleiben. Die Gerüchte über deutsche Friedensneigungen sind gegenüber unserer unverminderten Entschlossenheit zur Niederkämpfung der Gegner törichte oder böswillige, auf jeden Fall aber müßige Erfindungen."

Diese offiziöse Notiz beweist, daß im April 1915 in amtlichen Kreisen ein Friedensschluß als ein vorzeitiger angesehen wurde, und daß es als die Aufgabe galt, zunächst die Gegner niederzukämpfen.

Daraus ergibt sich der unabweisliche Schluß, daß Herr Dresselhuys damals, auch wenn hinter ihm die englische Regierung stand, auf Gehör nicht rechnen konnte. Die Hetze der „Chemnitzer Volksstimme" gegen mich hat nur den Zweck, von dieser wichtigen Tatsache abzulenken.

Kein Urteilsfähiger kann bestreiten, daß meine tatsächlichen Angaben sich mit den unanfechtbaren Zeugnissen decken, und es gehört kein großes Maß historischer Kritik dazu, um auch den Schlußfolgerungen die Berechtigung nicht zu versagen. (x)

Hugo Haase.

Vertrauliche Mitteilungen an die holländische Kammer.

Haag, 4. April. (W. T. B.) Die Zweite Kammer ist für heute 11½ Uhr vormittags einberufen. Am Anfange der Zusammenkunft wird der Vorsitzende vorschlagen, eine Sitzung bei geschlossenen Türen abzuhalten, um es der Regierung zu ermöglichen, der Kammer im Komite Generaale Mitteilungen zu machen.

* * *

Die geheime Sitzung der Zweiten Kammer hat bis ½2 Uhr gedauert. Nach Wiederaufnahme der öffentlichen Sitzung hat die Regierung folgende Erklärung abgegeben:

„Die Regierung legt Wert darauf, im Anschluß an das in der geheimen Sitzung Mitgeteilte öffentlich zu erklären, daß die Suspendierung der periodischen Urlaube eine Vorsorgemaßregel ist, die mit dem unerschütterlichen Beschlusse, unsere Neutralität strikt zu wahren, zusammenhängt. Die Maßregel ist nicht eine Folge von bestehenden politischen Verwickelungen, sondern hat ihre Ursache in Daten (wörtlich: Gegevens), die eine Zunahme der Gefahren, denen unser Land ausgesetzt ist, befürchten lassen. Es würde nicht im Interesse des Landes sein, über den Inhalt dieser Angaben etwas mitzuteilen.

* * *

Haag, 4. April. (W. T. B.) Amtlich. Die Regierung nimmt keinerlei Verantwortung für Berichte auf sich, die nicht ausdrücklich als „Amtlich" gekennzeichnet sind.

Amtliche englische Erklärung zu den holländischen Gerüchten.

London, 4. April. (W. T. B.) Dem Reuterschen Bureau wird von amtlicher Seite mitgeteilt, daß zwischen England oder den Alliierten und den Niederlanden nichts eingetreten sei, was die gestern in Holland verbreiteten sensationellen Gerüchte berechtigt erscheinen ließe. Auf der Pariser Konferenz sei nichts den Niederlanden Nachteiliges erörtert oder erwähnt worden. An der Meldung, daß die Alliierten die Landung einer bewaffneten Streitmacht auf holländischem Gebiet im Auge hätten oder gehabt hätten, sei nichts Wahres. Die in Umlauf gesetzten Geschichten seien reine Erfindung.

Italienische Stimmen über das Vorgehen Hollands.

Bern, 4. April. (W. T. B.) Nach einer Meldung des „Secolo" hat die Nachricht von militärischen Maßnahmen Hollands in politischen und diplomatischen Kreisen Roms einige Bestürzung erregt. Auf der Consulta herrschte großer Verkehr. Der französische und der russische Botschafter, sowie der holländische und der griechische Gesandte sprachen vor. Eine mögliche Stellungnahme Hollands gegen den Vierverband, so meint „Secolo", wäre zwar nicht entscheidend, aber gefährlich. „Giornale d'Italia" sagt, die holländische Mobilisation sei nichts anderes, als eine Folge der neuen von England eröffneten Blockadepolitik.

Vorgehen Griechenlands in Nord-Epirus.

Athen, 4. April. (W. T. B.) Havas-Meld. „Messager d'Athènes" erfährt aus Argyrokastro, daß die italienischen Truppen gegen Nord-Epirus vorrücken. — Infolge eines von der griechischen Regierung erhobenen Einspruchs befahl die bulgarische Regierung ihren Truppen, sich von der griechischen Grenze zurückzuziehen. — Die griechischen Militärbehörden errichteten an der Westküste von Paros einen Leuchtturm, dessen Licht siebzehn Seemeilen weit sichtbar ist.

Meldung des Großen Hauptquartiers.

Amtlich. Großes Hauptquartier, den 4. April 1916. (W. T. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Südlich von St. Eloi haben sich die Engländer nach starker Feuervorbereitung in Besitz des ihnen am 28. März genommenen Sprengtrichters gesetzt.

In der Gegend der Feste Douaumont haben unsere Truppen am 2. April südwestlich und südlich der Feste sowie im Caillettewalde starke französische Verteidigungsanlagen in erbittertem Kampfe genommen und in den eroberten Stellungen alle bis in die letzte Nacht fortgesetzten Gegenangriffe des Feindes abgewiesen. Mit besonderem Krafteinsatz und mit außerordentlich schweren Opfern stürmten die Franzosen immer wieder gegen die im Caillettewalde verlorenen Verteidigungsanlagen vergebens an. Bei unserem Angriff am 2. April sind an unverwundeten Gefangenen neunzehn Offiziere, siebenhundertfünfundvierzig Mann, an Beute acht Maschinengewehre eingebracht worden.

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Die Lage ist unverändert.

Die feindliche Artillerie zeigte nur nördlich von Widsy sowie zwischen Narocz- und Wiszniew-See lebhaftere Tätigkeit.

Balkan-Kriegsschauplatz.

Nicht Neues.

Oberste Heeresleitung.

Luftschiffangriff auf die englische Südostküste.

Amtlich. Berlin, 4. April. (W. T. B.) In der Nacht vom 3. zum 4. April wurden bei einem Marineluftschiffangriff auf die englische Südostküste Befestigungsanlagen bei Great Yarmouth mit Sprengbomben belegt. Die Luftschiffe sind trotz der feindlichen Beschießung unversehrt zurückgekehrt.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

* * *

Der österreichische Generalstabsbericht.

Wien, 4. April. (W. T. B.) Amtlich wird verlautbart: 4. April 1916.

Russischer und südöstlicher Kriegsschauplatz.

Keine besonderen Ereignisse.

Italienischer Kriegsschauplatz.

An einzelnen Teilen der Front war die Tätigkeit der Artillerie beiderseits lebhaft, so im Abschnitte der Hochfläche von Doberdo, bei Malborghet, am Col di Lana und in den Judikarien. Im Adamello-Gebiete besetzten unsere Truppen den Grenzkamm zwischen Lobbia Alta und Monte Fumo.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes von Hoefer, Feldmarschalleutnant.

*

Ereignisse zur See.

Wien, 4. April. (W. T. B.) Amtlich wird verlautbart:

Die Besuche der italienischen Flieger in Laibach, Adelsberg und Triest wurden am 3. April nachmittags durch ein Geschwader von zehn Seeflugzeugen in Ancona erwidert, wo diese Bahnhof, zwei Gasometer, Werften und Kasernenviertel der Stadt mit verheerendem Erfolge bombardierten und mehrere Brände erzeugten. Die Gegenangriffe zweier feindlicher Abwehrflugzeuge wurden mit Maschinengewehrfeuer leicht abgewiesen. Im heftigen Feuer von drei Abwehrbatterien wurde eines unserer Flugzeuge durch zwei Schrapnellvolltreffer zur Landung vor dem Hafen gezwungen, ein zweites Flugzeug, geführt vom Fliegermeister Molnar, ging neben ihm nieder, übernahm die beiden Insassen, vervollständigte die Zerstörung des getroffenen Apparates, konnte jedoch infolge einer Beschädigung bei Seegang nicht wieder auffliegen. — Ein feindliches Torpedoboot und zwei Fahrzeuge fuhren aus dem Hafen, um die beschädigten Flugzeuge zu nehmen, wurden jedoch von einigen unserer Flugzeuge mit Maschinengewehr und Bomben zum Rückzug gezwungen, worauf es zwei Flugzeugen, geführt vom Seekadetten Vamos und Linienschiffsleutnant Senta, gelang, alle vier Insassen zu bergen und das havarierte Flugzeug zu verbrennen. Diese Rettungsaktion vollzog sich unter dem Maschinengewehrfeuer und den Bombenwürfen von zwei italienischen Seeflugzeugen, die nur 100 Meter darüber kreisten. Es sind somit zwei Flugzeuge verloren gegangen, alle übrigen aber und alle Flieger unversehrt eingerückt.

Flottenkommando.

Der französische Tagesbericht.

Paris, 4. April. (W. T. B.) Amtlicher Bericht von gestern nachmittag. In der Nacht hat ein Zeppelin acht Bomben auf die Stadt Dünkirchen geworfen, aber der angerichtete Materialschaden ist wenig bedeutend; zwei Zivilisten wurden getötet und vier verwundet. Westlich von der Maas andauernde Beschießung der Dörfer Haucourt und Cônes ohne sonstiges Gefecht.

Die Kämpfe bei Douaumont und Vaux sind für uns günstig verlaufen: Wir haben im Gehölz von Caillette Boden gewonnen, unsere Linie lehnt sich rechts an den Sumpf von Vaux an, durchquert das Caillettegehölz, dessen nördlichen Zipfel der Feind besetzt hält, und schließt sich unseren Stellungen südwestlich vom Dorfe Douaumont an. Es bestätigt sich, daß die gestrigen deutschen Angriffe sich über eine Front von drei Kilometern ausdehnten; den aufeinanderfolgenden Wellen folgten kleine Sturmkolonnen. Unsere Artillerie und unser Infanteriefeuer haben große Verluste in den Reihen der Feinde verursacht. In der Woevre-Ebene war die Nacht ruhig. In Lothringen hat unser Artilleriefeuer mehrere Brände in Remabois, westlich von Leintrey verursacht. In der Gegend von Ancerville, südlich von Blamont, wurde eine Aufklärungsabteilung des Feindes, welche unsere Stellungen zu erreichen versuchte, durch Gewehrfeuer abgewiesen. Bei Moyen ist ein deutsches Flugzeug in unsere Linien gefallen. Die Flieger sind gefangen.

Paris, 4. April. (W. T. B.) Amtlicher Bericht von Montag abend. Zwischen Soissons und Reims richteten wir konzentrisches Feuer auf deutsche Anlagen nördlich des Butteswaldes und am Hügel von Sapigneul. In den Argonnen beschießen unsere Batterien mit Heftigkeit den westlichen Zipfel des Waldes von Avocourt. Ein feindliches Blockhaus wurde zerstört und ein Munitionsdepot flog in die Luft. Westlich der Maas richteten die Deutschen gegen Tagesende einen kräftigen Angriff zwischen Haucourt und Bethincourt gegen unsere Stellungen auf dem Süduser des Forgesbaches, die wir in der Nacht zum 1. April geräumt und auf dieses Ufer zurückgelegt hatten, ohne daß der Feind es bemerkte. Durch das heftige Feuer aus unseren neuen Stellungen und das Flankierungsfeuer aus Bethincourt überrascht, erlitten die feindlichen Truppen starke Verluste, ohne daß es zum Kampf kam. Heute fand eine ziemlich heftige Beschießung der Gegend des Bourruswaldes statt. Keine Infanterieunternehmung. Oestlich der Maas entwickelten sich unsere Gegenangriffe mit Erfolg. Im Laufe des Tages warfen wir den Feind bis zum nördlichen Rand des Caillettewaldes und nördlich des Teiches von Vaux zurück. Der letzte Gegenangriff, der besonders lebhaft war, gestattete uns, den westlichen Teil des Dorfes Vaux, den wir geräumt hatten, wieder zu besetzen. In der Woevre heftige Artillerietätigkeit in dem Abschnitte von Moulainville. Zur Vergeltung der durch einen Zeppelin ausgeführten Beschießung von Dünkirchen in der letzten Nacht warfen 81 Flugzeuge der Alliierten dreiundachtzig schwerkalibrige Granaten auf die feindlichen Truppenlager von Ketzen, Essen, Terrest und Houthust ab. In der Nacht zum 3. April beschoß eins unserer Fliegergeschwader den Bahnhof von Conflans. Im Laufe des Tages wurden zahlreiche Luftkämpfe in der Gegend von Verdun geliefert. Unsere Flieger schossen vier deutsche Flugzeuge ab. Andere Flugzeuge wurden in die Flucht gejagt oder zum Landen gezwungen.

Belgischer Bericht: Wenig Artillerietätigkeit auf der Front unserer Armee. Zur Vergeltung der Beschießung von Dünkirchen durch einen Zeppelin beschossen unsere Flieger im Verein mit französischen Fliegern feindliche Truppenlager.

Die englische Meldung.

London, 4. April. (W. T. B.) Bericht des Hauptquartiers. Gestern schoß eins unserer Flugzeuge einen deutschen Apparat in der Nähe von Lens ab. Ein anderes Flugzeug verjagte fünf feindliche Maschinen, nachdem es mit zweien von ihnen in Kampf geraten war. Heute am frühen Morgen griffen wir bei St. Eloi einen Minentrichter an, der von den Deutschen seit dem 30. März gehalten wurde, besetzten ihn und schoben unsere Linie über ihn hinaus. Wir machten dabei 84 Gefangene, einschließlich vier Offizieren. Die Artillerie war auf beiden Seiten tätig.

Der russische Kriegsbericht.

Petersburg, 4. April. (W. T. B.) Amtlicher Bericht vom Montag.

Westfront. Nach eineinhalbstündigem schweren und leichten Artilleriefeuer griffen die Deutschen den Brückenkopf von Uexküll an, wurden aber abgewiesen. Bei und südlich Dünaburg Feuerkampf. Die feindliche Artillerie entfaltet lebhafte Tätigkeit in mehreren Abschnitten der Truppen des Generals Ewert. Im Laufe eines gestern von den Deutschen in der Gegend nördlich des Bahnhofs Baranowitschi erfolgten Angriffes verwendete der Feind Explosivgeschosse. In der Gegend von Ljachowitsche überschritt eine stärkere deutsche Aufklärungsabteilung am Morgen des 2. April die Schara und griff unsere Posten an. Der deutsche Angriff wurde abgewiesen. Auf mehreren Abschnitten der Front, ebenso nördlich und südlich der Polesie, lebhafte Tätigkeit der feindlichen Flieger. Das Hochwasser dauert an.

Kaukasus. In der Küstengegend machten wir mehr als 100 Askaris zu Gefangenen. Im Laufe der Offensive überschritten wir das Flußbett des oberen Tschorok. Wir setzten uns in den Besitz von stark befestigten Gebirgsteilen mehr als 10 000 Fuß (3000 Meter) über dem Meeresspiegel. Eine türkische Kompagnie wurde gefangen genommen. Bei der Verfolgung des Feindes in der Gegend des Klosters Surb Karapet (40 Werst nordwestlich Musch) erbeuteten wir ein türkisches Schutzzeltlager und Waffenvorräte. In der Gegend des Dorfes Machduban (30 Werst südwestlich Musch) zerstreuten unsere Truppen mehrere türkische Kavallerieabteilungen.

Vom U-Boot-Krieg.

London, 4. April. (W. T. B.) Nach einer Lloydsmeldung vom 3. April ist der norwegische Dampfer „Iny" gesunken. Die Besatzung ist gerettet.

Amsterdam, 4. April. (W. T. B.) Lloyds meldet: Der Dampfer „Perth" aus Glasgow (653 Brutto-Registertonnen) wurde versenkt. Sechs Mann sind umgekommen, acht gelandet. Das Schiff war nicht bewaffnet.

London, 4. April. (W. T. B.) Nach einer Lloydsmeldung ist die britische Bark „Bengairn" versenkt worden. Ein Teil der Mannschaft ist gerettet.

Ymuiden, 4. April. (W. T. B.) Durch den Fischdampfer „Clara Nicol" wurden vier verirrte Schiffbrüchige des norwegischen Dampfers „Anna" gelandet, der auf der Nordsee im Fischereigebiet durch ein deutsches U-Boot versenkt wurde.

Vlissingen, 4. April. (W. T. B.) Der Korrespondent der niederländischen Telegrammagentur sprach mit dem Kapitän des holländischen Schoners „Elise Helena". Das Schiff wurde nicht torpediert, sondern um drei Uhr nachmittags von einem deutschen U-Boot in der Höhe des Noordhinder Leuchtschiffes angehalten. Das Schiff hatte eine Ladung gehobelten Holzes. Einer der Offiziere des deutschen U-Bootes verlangte die Schiffspapiere und, nachdem diese durchgesehen waren, wurden der Besatzung fünf Minuten Zeit gegeben, um in die Boote zu gehen. Die Deutschen brachten dann Bomben an Bord und sprengten das Schiff in die Luft.

Christiania, 4. April. (W. T. B.) Die norwegische Gesandtschaft in London hat an das Ministerium des Aeußeren telegraphiert, nach einem Berichte der britischen Admiralität sei die norwegische Viermastbark „Bill" bei den Scillyinseln in den Grund gebohrt worden, die Besatzung aber gerettet.

Englische Meldung über den Zeppelinangriff.

London, 3. April. Amtlich. (W. T. B.) An dem Angriff in der letzten Nacht haben insgesamt sechs Zeppeline teilgenommen. Drei flogen über die südöstlichen Grafschaften Englands dahin. Die Luftschiffe, welche nach Schottland fuhren, kreuzten zwischen 9 und 10¼ Uhr abends an der Küste und blieben bis 1 Uhr nachts. Sie warfen insgesamt 36 Spreng- und 17 Brandbomben auf verschiedene Plätze und beschädigten einige Hotels und Wohnhäuser. In Schottland sind, soweit bisher Meldungen vorliegen, sieben Männer und drei Kinder getötet, fünf Männer, zwei Frauen und vier Kinder verwundet worden.

London, 4. April. (W. T. B.) Das Pressebureau teilt mit, daß letzte Nacht zwischen 2 und 3 Uhr ein Zeppelin der Ostküste Englands einen kurzen Besuch abstattete. Es wurden einige Explosionen gehört; Schaden wurde keiner angerichtet, auch verletzt wurde niemand.

Die Arbeiteropposition im Clydebezirk.

Aus Amsterdam wird uns geschrieben:

Die Unterhaussitzung am 28. März hat die Beleuchtungskünste, womit die englische Regierung bisher die wachsende Unzufriedenheit in der Arbeiterschaft den Blicken der Oeffentlichkeit zu entziehen versuchte, endlich verraten. Die „Daily News" sagen über den Bericht Dr. Addisons vom Munitionsministerium über die Lage im Clydebezirk, der unter bedeutsamem Schweigen des Parlaments erstattet wurde, daß er keines Nachdrucks bedürfe. Die Regierung sei mit äußerstem Widerstreben genötigt worden, so energische Schritte zu tun. Und das Blatt fügt weiter hinzu: „Leider ist es ebenso klar, daß nichts Geringeres als solche drastischen Schritte gegen eine Agitation von der Art, wie die, vor der sich die Regierung gestellt sah, dienlich gewesen wäre. Denn es handle sich hier nicht um einen Streit zwischen Kapital und Arbeit, was sich doch darin zeige, daß sich die Gewerkschaften der ganzen Bewegung widersetzt hätten, und nicht um eine Frage, wo irgendeine Form von Schiedsgericht anwendbar wäre. Das einzige Ergebnis eines Vorschlags im Sinne einer Untersuchung sei gewesen, die Agitatoren zur Aufstellung völlig unannehmbarer Forderungen aufzustacheln. Dr. Addison habe gezeigt, daß die Ziele des „Komitees der Arbeiter vom Clyde" rein politisch seien. Ihr Bestreben sei, durch die Störung der Munitionserzeugung die Regierung zur Aufhebung der Dienstpflicht, des Munitionsgesetzes und anderer ihnen mißfälliger Bestimmungen zu zwingen.

Die „Daily News" geben zu, daß das Dienstpflicht- wie das Munitionsgesetz auch bei vielen anderen Leuten im Land mit Besorgnis angesehen und als schädlich betrachtet würden. Aber es könne nicht klar genug gemacht werden, daß es nur eine geringe und bedeutungslose Minderheit sei, die offenen Widerstand gegen einen gesetzlichen Parlamentsbeschluß vorbereite. Die öffentliche Meinung, die wohl manchmal nicht gut unterrichtet, aber in ihrem Kern gesund sei, werde es einer „Bande unverantwortlicher Syndikalisten" nicht gestatten, im Namen der Freiheit das einzige Instrument, durch das die Freiheit aufrechterhalten werden kann, zu vernichten.

Eine Bewegung, die das große liberale Organ dazu bringt, die Traditionen und Grundsätze der bürgerlichen Freiheit fahren zu lassen und der Regierung die Ausübung der Diktatur anheimzustellen, bedeutet in der Geschichte der englischen Klassenkämpfe ein Ereignis, das höchste Aufmerksamkeit fordert. Wir geben darum hier zusammenfassend den Bericht des Dr. Addison wieder, der die Entwickelung der Bewegung im Clydebezirk vom Standpunkt der Regierung aus darstellt.

Im Januar 1916 ernannte der Munitionsminister drei Kommissäre für den Clydebezirk, um dort vermittelst der „Verwässerung" der Arbeit, d. h. der Einstellung ungelernter Arbeiter und Frauen, die Produktion zu steigern. Die Kommissäre hatten Erfolg und gewannen das Vertrauen der lokalen Gewerkschaftsführer und der Unternehmer. Im Laufe der letzten Woche aber brach eine Streikbewegung in einer Reihe der bedeutendsten Munitionsfabriken aus und man bemüht sich jetzt, sie auszudehnen. Schon wiederholt waren Streiks aus den geringfügigsten Gründen von dem sog. Clyde Workers Comittee, einer mit eigener Machtvollkommenheit zusammengesetzten Körperschaft ins Werk gesetzt worden. Das Komitee lehnte jedes Zusammenwirken mit den bestehenden Verbänden ab und beschloß vor 14 Tagen eine Politik zu verfolgen, die mittels der Behinderung der Herstellung der wichtigsten Munition die Regierung zur Aufhebung des Dienstpflichtgesetzes und des Munitionsgesetzes und zum Widerruf aller Beschränkungen in bezug auf Lohnerhöhungen und Ausstände in den kontrollierten Betrieben zwingen sollte. Die jetzige Streikserie begann am 17. März, als einer der Hauptführer des Komitees forderte, ohne Erlaubnis der Direktion seine Arbeit verlassen und in anderen Departements die Kontrolle über die Beschäftigungsweise der ungelernten Arbeiter und Frauen, ihre Löhne usw. ausüben zu dürfen. Die Direktion erklärte sich für nicht befugt, ein solches Zugeständnis zu machen und übergab die Angelegenheit den Kommissären. Der erwähnte Führer und seine Genossen lehnten indes diesen Weg ab und brachten über 1000 Mann aus den Werken heraus. Seither brach eine Reihe von Streiks „nach einem systematischen und unheilvollen Plan" aus. Die angewandte Methode war, Arbeiter in den Streik zu bringen, die bei der Herstellung einer besonders schweren Kanone und dringenden Artilleriemontierungen tätig waren. Das Komitee besuchte nacheinander die Werkstätten, wo die Geschützteile hergestellt wurden. In fünf verschiedenen großen Betrieben hatte es Erfolg. Der Vollzugsausschuß des Maschinenbauerverbands gab auf Anregung seiner lokalen Beamten sofort eine Erklärung heraus, die den Streik mißbilligte und zur Wiederaufnahme der Arbeit aufforderte. Diese Bemühungen waren erfolglos und am Freitag (25. März) war die Situation so, daß ein unmittelbares Einschreiten dringend wurde. Der Munitionsminister requirierte die Militärbehörden, um auf Grund des Art. 14 des Nationalverteidigungsgesetzes sechs von den Rädelsführern zu entfernen (Beifall), die daran waren, mit anderen ihre Operationen auszudehnen. Sie hatten mit vollem Bewußtsein die Herstellung der am dringendsten benötigten Munition aufzuhalten versucht. Die loyalen Arbeiter wurden unter verschiedenen Vorwänden überredet und durch Einschüchterung zum Anschluß bewogen. Der Minister hatte indes die Genugtuung, daß die große Mehrheit der Arbeiter die Mitwirkung ablehnte. Das Exekutivkomitee der Maschinenbauer und seine lokalen Beamten standen ihm zur Seite und vertrauten auf die Hilfe des Parlaments und der Nation (Beifall), falls es notwendig werden sollte, alle vom Nationalverteidigungsgesetz vorgesehenen Vollmachten zur ungestörten Aufrechterhaltung des zur Fortführung der kriegsnotwendigen Produktion aller Arten von Kriegsmaterial anzuwenden.

Die Verhafteten wurden deportiert. Gemäß Art. 14 hatten sie die Wahl gewisser anderer Gegenden frei, wohin sie gebracht wurden. (Zwischenruf des Liberalen Markham: Warum schickt man sie nicht nach Deutschland? E. Carson fragt, ob man erwogen habe, ob sie nicht des Hochverrats schuldig seien.) Addison: Die ganze Materie ist in Ueberlegung gezogen worden. Die Methode der Deportation wurde vor allem darum gewählt, weil ein gerichtliches Verfahren 6 Wochen bis 2 Monate fordern würde und unmittelbares Eingreifen notwendig war. — Der Liberale Pringle und der Arbeiterparteiler Thomas versuchten von Addison bestimmtere Erklärungen zu erhalten, ob ein gerichtliches Verfahren überhaupt beabsichtigt sei. Addison erwiderte, nichts mehr sagen zu können, als daß die ganze Materie studiert würde. Er bestritt aber die Behauptung des Liberalen Outhwaite, der gesagt hatte, daß im Clydebezirk die Meinung herrsche, der Konflikt sei darauf zurückzuführen, daß man Arbeitern, denen $10^1/_2$ Pence Stundenlohn zuerkannt worden seien, 6 Pence zahle.

Soweit die Besprechung im Parlament. Im Clydebezirk geht unterdes die Bewegung weiter. Am 29. März wurden vom Glasgower Gericht 22 Arbeiter mit einer Geldbuße von 5 Pfd. bedacht. Die „Daily News" nennen das einen „Lichtschimmer", erklären aber jedes Nachgeben der Regierung vor der vollständigen Unterdrückung des Streiks für unmöglich. Sie verzeichnen, daß das „Clyde Workers Comittee" die Darstellung Dr. Addisons als falsch hinstelle. Es sei nicht unmöglich, daß er unrichtig informiert worden sei. Aber das Komitee erkläre nicht, daß es den Streik mißbillige und etwas gegen ihn tue. Immerhin sei es schon etwas, daß es notwendig gefunden habe, die Verantwortung für politische Streiks abzulehnen. Werkstattstreiks und brandstifterischer Syndikalismus seien verschiedene Dinge, wenn sie auch gleich schädlich sein könnten.

Die Gerichtsverhandlung in Glasgow hatte manche interessante Momente. Der Saal war von Streikenden gefüllt, die den Ausführungen des Verteidigers Mitchell stürmisch Beifall klatschten. Angeklagt waren dreißig Maschinenbauer von vier verschiedenen Werken wegen Verletzung des Munitionsgesetzes durch Teilnahme an einen Streik. Der Verteidiger bestritt, daß es sich um einem Streik im Sinne des Munitionsgesetzes handle. Die Atmosphäre des ganzen Falles sei durch die Internierung der Führer völlig verändert. Ohne diesen Schritt der Regierung wäre die Arbeit längst wieder aufgenommen. Sechs Arbeiter, die den Fall am besten kannten, wurden räuberisch aus ihren Wohnungen weggeschleppt und werden nun versteckt gehalten. Soweit er, der Verteidiger, die Arbeiter kenne, sei wenig Aussicht auf ihre Rückkehr zur Arbeit, solange ihre Vertreter festgehalten würden: Diese mögen zuerst 3000 Arbeiter vertreten haben, morgen können es 30 000 sein.

Der Scherif erklärte, die Wiederaufnahme der Arbeit sei gebieterische Notwendigkeit. Eine Vertagung der Verhandlung sei nur möglich, wenn die Arbeiter zur Arbeit zurückkehrten. Er habe nichts dagegen, wenn die Arbeiter darüber beratschlagen wollten. Hierauf zog er sich mit den Beisitzern zurück und die Arbeiter hielten im Gerichtssaal eine Streikversammlung ab.

Nach Wiederaufnahme der Verhandlung erklärte der Verteidiger, daß die Arbeiter wegen der großen Zahl der Streikenden, die sich aus Solidarität mit den Internierten angeschlossen hätten, schwer einen Beschluß fassen könnten. Die Streikenden seien der Meinung, daß die Freilassung der Internierten der Wiederaufnahme der Arbeit vorangehen müsse. Der Sherif erwiderte, die Streikenden begehrten damit, daß das Gericht der Autorität der Regierung Eintrag tue. — Der Vertagungsantrag wurde abgewiesen und das — oben angeführte — Urteil ausgesprochen.

Der „Daily Telegraph" meldet, daß die Eifrigsten unter den Ausständigen Mitglieder des Maschinenbauerverbandes sind. Es ist richtig, daß sich die Verbandsbeamten bemüht haben, die Streikenden zur Wiederaufnahme zu bewegen, aber ihre Autorität wird nicht mehr anerkannt und in einer Mitgliedersektion sogar ausdrücklich bestritten.

* * *

Haltung der Bergarbeiter von Südwales.

Auf der Jahresversammlung des Bergarbeiterverbandes in Cardiff wurde dem „Daily Chronicle" vom 28. März zufolge ein Vorschlag, Mittel für Sanitätswagen an der Front aufzubringen, von der Mehrheit abgelehnt. J. Winston, der Vorsitzende des Verbandes erklärte in einer Ansprache, daß der Grund des Krieges im kapitalistischen System und der Geheimdiplomatie zu suchen sei, und daß es die Pflicht der Arbeiter und der Demokratie sei, die wahre Ursache des Krieges zu erforschen und die Ereignisse aufmerksam zu verfolgen.

Ein Vorschlag Longuets.

Die „Nation" (London) vom 25. März veröffentlicht eine Zuschrift des französischen Abgeordneten Jean Longuet, der für einen Sonderfrieden mit der Türkei eintritt. Bei der letzten Gesamtsitzung der französischen sozialistischen Parlamentspartei haben sich sowohl die Vertreter der Mehrheit wie die der Minderheit dafür ausgesprochen, und bei einer Sitzung des französischen Kammerausschusses für auswärtige Angelegenheiten ist der Gedanke durchaus sympathisch aufgenommen worden. Wenn auch einige Mitglieder sich durch die Schwierigkeit schrecken ließen, diese Frage Rußland vorzulegen, so war doch auch auf mehr konservativer Seite die Gesamtansicht die, daß es wünschenswert sein würde, Rußland dazu zu überreden.

Es ist die Pflicht der Staatsmänner der drei verbündeten Westmächte, Rußland auseinanderzusetzen, wie schwer es ist, Rußlands alten Traum von Konstantinopel zu verwirklichen, die alte russische Forderung nach einer Stadt, die von einer Million Türken, Griechen und Armenier bewohnt wird, aber weder von Russen noch von anderen Slawen und wo alle Balkanmächte Rußland nur mit Bedauern sehen würden. Sollte Rußland diesen Gedanken weiter verfolgen, dann werden wir uns fragen müssen, ob die Eroberung Konstantinopels für Rußland das Leben von 700 000 französischen, englischen und italienischen Soldaten wert ist, ohne von den Russen selbst zu sprechen. Wenn unsere Staatsmänner stark an Rußlands Interesse appellieren, so könnten sie dies Rußland vielleicht verständlich machen. Es läßt sich nicht leugnen, daß die deutschen Heere ganz Polen erobert haben und an den Toren von Riga stehen. Die Frage für Rußland und für seine Verbündeten ist nicht, wer der Herr von Konstantinopel sein wird, sondern ob die Deutschen oder der Verband den Krieg gewinnen, und ob wir imstande sein werden, ihn zu beenden, bevor ganz Europa erschöpft und völlig ruiniert ist. Wenn die Russen als Belohnung für ihre Siege Armenien bekommen könnten, würden sie wohl befriedigt sein. Um aber einen Sonderfrieden mit der Türkei, dem wohl ein solcher mit Bulgarien sofort folgen würde, abschließen zu können, müssen wir uns nicht nur bemühen, die Ansprüche Rußlands auf Konstantinopel zu mäßigen, sondern ebenso auch die imperialistischen Bestrebungen der übrigen Staaten des Verbandes. Frankreich muß seine Ansprüche auf Syrien, England auf Mesopotamien, Italien die auf die kleinasiatische Küste aufgeben. Der Verfasser hofft, daß alle wahren Demokraten in England und Italien mit der französischen sozialistischen Partei und manchen radikalen und gemäßigten Mitgliedern der Kammer zusammen wirken werden, um dies wichtige Ziel zu erreichen. (z)

Spaltung der französischen Sozialdemokraten.

Die „Post" läßt sich aus Genf melden: Die kommende Spaltung der französischen Sozialisten erscheint nach radikalen Blättern unvermeidlich. Hervé prophezeit, sie werde am 10. April erfolgen, weil die Zimmerwalder Konferenz viele Anhänger in Frankreich fand, welche eine tätige Propaganda entfalten, so daß der kommende Kongreß die heftigsten Stürme erleben müsse. Seit Wochenfrist werden im ganzen Lande heftige Anklagen gegen Guesde, Sembat und Thomas verbreitet.

Der „Voss. Ztg." wird aus Zürich gemeldet:

Gustave Hervé schreibt in der Pariser „Victoire" einen Artikel unter dem Titel „Die Krise des französischen Sozialismus", worin er den vollständigen Zusammenbruch der „Internationale" zugibt, ja ihn beinahe begrüßt. Er sagt: „Im Namen der Reliquien des heiligen Karl Marx verbreiten unsere Zimmerwalder Sozialisten seit einigen Tagen in Frankreich ein Rundschreiben, worin sie die große Mehrheit der Partei beleidigen, die Leiter des Verrats anklagen und die parlamentarische Gruppe mitsamt den drei Ministern Guesde, Sembat und Thomas schuldig erklären, die Internationale meuchlings erdolcht zu haben. Es heißt, die Arbeiter seien alle Brüder, ihre Klasse sei ihr Vaterland, Arbeiter aller Länder vereinigt euch! Das ist die Theorie dieser Leute. Was für eine Erschütterung aber mußte sie erleben, als der Krieg ausbrach! Wie zerbrach die Theorie, die auf unseren internationalen Kongressen unter der hohen Leitung der deutschen Sozialdemokratie gepredigt wurde: Die Arbeiter sind unsere Brüder, die Bourgeoisie unser Feind! Beim ersten Gewehrschuß ging diese Theorie in Rauch auf. Die Arbeiter und die Bourgeoisie Deutschlands griffen zu den Waffen und mit nicht geringerer Einstimmigkeit taten die französischen dasselbe. Diese ganze Theorie hat den Krieg nicht nur nicht verhindert, sondern sie hat unmittelbar beigetragen, ihn heraufzubeschwören. Die einzige Hoffnung, ihm zu entgehen, wäre gewesen, wenn die deutschen Sozialdemokraten die nationale deutsche sozialistische Partei gewesen wären, wie es Südekum will, der tausendmal gescheiter ist und mehr Wirklichkeitssinn hat als Haase."

Neue Steuern in England.

London, den 4. April. (W. T. B.) Unterhaus. McKenna brachte den Staatshaushalt ein und führte aus: Um die auf 1825 Millionen Pfund Sterling veranschlagte Jahresausgabe aufzubringen, müssen 1323 Millionen durch Anleihe aufgenommen und 502 Millionen aus laufenden Einnahmen eingebracht werden. Die Steuererhöhungen umfassen eine Einkommensteuer, die bis zu 5 Schilling auf ein Pfund Sterling abgestuft ist und 43 500 000 Pfund Sterling einbringen soll, eine Lustbarkeitssteuer mit einem Ertrage von 5 Millionen, eine Fahrkartensteuer mit 3 Millionen, einen Zuschlag auf die Zuckersteuer von einem halben Penny auf das Pfund mit einem Ertrage von 7 Millionen Pfund Sterling. Zuschläge von $4\frac{1}{2}$ Penny auf das Pfund Kakao und von 8 Pence auf das Pfund Kaffee und Cichorie, die 2 Millionen bringen sollen, eine Zündholzsteuer von 4 Pence auf das Tausend Streichhölzer, die 2 Millionen Pfund Sterling einbringen soll, eine Steuer auf Mineralwasser mit einem Ertrage von 2 Millionen, eine Erhöhung der Automobilsteuer im Betrage von 800 000 Pfund Sterling und eine Erhöhung der Kriegsgewinnsteuer von 50 auf 60 Proz.

Amerikas Zollpolitik.

Washington, 4. April. (W. T. B.) Präsident Wilson und ein Führer der Mehrheit des Repräsentantenhauses Kitchin haben sich über den allgemeinen Inhalt eines Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb geeinigt, um den Verhältnissen nach dem Kriege zu begegnen. Die fremden Güter, die in den Vereinigten Staaten billiger verkauft werden, als der Marktpreis in dem Lande beträgt, aus dem sie verschifft wurden, wird das neue Gesetz mit einem Zusatzzoll belegen, durch den der Verkaufspreis in den Vereinigten Staaten auf die Höhe des Marktpreises der betreffenden Güter in dem fremden Lande gebracht wird.

Letzte Nachrichten.

Englische Falschmeldung.

Amtlich. **Berlin**, 4. April. (W. T. B.) Die Bukarester „Agence anglaise" verbreitet in Rumänien ein Telegramm, wonach die deutsche Regierung der niederländischen Regierung erklärt hätte, „Tubantia" und „Palembang" seien torpediert worden, weil sie sich geweigert hätten, zur Untersuchung anzuhalten. Wir sind ermächtigt, diese Angabe der „Agence anglaise" als eine völlig aus der Luft gegriffene Erfindung zu bezeichnen.

Der letzte Zeppelinangriff auf London.

London, 3. April. (W. T. B.) Ueber den Luftangriff in der letzten Nacht wird noch amtlich gemeldet: Ein Luftschiff, das die Nordostküste heimsuchte, warf 22 Explosiv- und 15 Brandbomben ab. Zwei Luftschiffe erreichten die östlichen Grafschaften um ungefähr 10,15 Uhr, kreuzten bis 1 Uhr früh und wurden beide verschiedenemal von Abwehrkanonen beschossen. Es scheint, daß sie dadurch behindert wurden, eine bestimmte Oertlichkeit als Ziel zu wählen. Diese Luftschiffe warfen 33 Explosiv- und 65 Brandbomben ab. Soweit festgestellt werden konnte, wurde in England niemand verwundet.

Der österreichische Luftangriff auf Ancona.

Rom, 4. April. (W. T. B.) Amtlich. Am Montag nachmittag gegen 3½ Uhr erschienen über Ancona fünf feindliche Wasserflugzeuge, von zwei Torpedobooten begleitet, die sich aber immer auf hoher See hielten. Von Abwehrkanonen eines bewaffneten Zuges und von vier unserer Flugzeuge angegriffen, entfernten sich die Wasserflugzeuge. Drei wurden jedoch abgeschossen, eines davon „1 S 71" fiel ins Meer und wurde erbeutet. Das zweite stürzte ebenfalls ins Meer und verbrannte. Das dritte sank während es nach dem Hafen geschleppt wurde. Der Sachschaden ist nicht bedeutend, aber es sind drei Tote und elf Verwundete zu beklagen.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Regelung der Arbeit im Web-, Wirk- und Strickstoffgewerbe.

Am 4. April 1916 ist eine Bekanntmachung in Kraft getreten, die eine Regelung der Arbeit in den Web-, Wirk- und Strickstoffe verarbeitenden Gewerbezweigen vornimmt. Die Vorschriften dieser Bekanntmachung berühren alle gewerblichen Betriebe, in denen die Anfertigung oder Bearbeitung von Männer- oder Knabenbekleidung, Frauen- und Kinderbekleidung, oder von weißer und bunter Wäsche, oder von Gebrauchsgegenständen, die ganz oder überwiegend aus Web-, Wirk-, Strickstoffen und Wollen oder Filzen hergestellt sind, im großen betrieben wird. Die gleichen Vorschriften finden aber auch Anwendung, wenn es sich um gewerbliche Betriebe der bezeichneten Art handelt, in denen außer dem Inhaber oder Leiter mindestens vier Arbeiter (Arbeiterinnen) beschäftigt sind.

Die Vorschriften der Bekanntmachung wollen eine gleichmäßige Aufarbeitung der vorhandenen Vorräte an Web-, Wirk- und Strickwaren sowie einen gleichmäßig bleibenden Verdienst der in den bezeichneten Betrieben beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen sowie nach Möglichkeit eine dauernde Beschäftigung der Arbeiter und Arbeiterinnen erzielen. Die Regelung der Verteilung der Arbeit läuft deshalb in ihren verschiedenen Bestimmungen darauf hinaus, daß in einer Woche nicht mehr zugeschnitten und nicht mehr verteilt werden darf, als in der nächstfolgenden Woche verarbeitet werden kann. Die Regelung der Lohnzahlung ist eine verschiedene, je nachdem die Arbeitnehmer innerhalb oder außerhalb des Betriebes des Arbeitgebers beschäftigt sind. Soweit nicht bestimmt ist, daß die Lohnsätze nicht geringer als die am 1. Februar 1916 gezahlten sein dürfen, ist genau vorgeschrieben, um wieviel Zehntel der Lohn nur unter dem Stande vom 1. Februar 1916 sinken darf. Soweit die übertragene Arbeit den zulässigen Mindestlohn nicht erreichen würde, ist der Arbeitgeber verpflichtet, einen bestimmten Prozentsatz des Lohnbetrages aus eigenen Mitteln zuzulegen. Auch für die Kündigung von Arbeitnehmern an den ersten zwei Monaten nach Erlaß dieser Bekanntmachung sind bestimmte Anordnungen getroffen.

Die Ueberwachung der Innehaltung der getroffenen Anordnungen ist den Gewerbeaufsichtsbeamten übertragen worden. Der Wortlaut der ausführlichen Bekanntmachung, deren wesentliche Teile in den einzelnen Gewerbebetrieben ausgehängt werden müssen, ist bei den Polizeibehörden einzusehen.

Die Vergolder haben durch ihre Bewegung zur Erlangung von Teuerungszulagen in letzter Zeit wieder einige Erfolge gehabt. Eine Reihe von Arbeitgebern haben die früher zugestandene Teuerungszulage von 5 Proz. auf 10 Proz. erhöht. Andere, die feste Zulagen zu den Wochen- oder Stundenlöhnen gaben, haben gleichfalls Aufbesserungen bewilligt. Natürlich nicht aus eigenem Antriebe, sondern infolge von Forderungen der Arbeiter, die sich auf ihre Organisation stützen. In einigen Betrieben schweben noch Verhandlungen wegen Lohnaufbesserungen.

Die Korbmacher beschäftigten sich in einer stark besuchten Versammlung eingehend mit dem Reichstarif und gaben ihrem Unwillen darüber Ausdruck, daß immer noch nicht alle Firmen unterschrieben haben. Es wird erwartet, daß dies nunmehr überall und unverzüglich geschieht.

Deutsches Reich.

Teuerungszulage auf der Weserwerft in Bremen.

Durch Anschlag wurde den Arbeitern dieser Werft von der Verwaltung mitgeteilt, daß ihnen folgende Teuerungszulage gewährt worden sei: für verheiratete Arbeiter 6 M., für jedes Kind 2 M., für ledige Arbeiter 3 M., für jugendliche Arbeiter und Lehrlinge 2 M., für Arbeiterinnen mit Familie 4 M., für Arbeiterinnen ohne Familie 2 M. pro Monat. Die Kriegsteuerungszulage wird nur gezahlt an Leute, die am Zahltage einen Monat voll beschäftigt waren. Die Zulage hat rückwirkende Kraft auf den Monat März und gelangte erstmalig am 1. April zur Auszahlung.

Aus Industrie und Handel.

Kriegsgewinne.

Die Mansfeldsche Kupferschiefer bauende Gewerkschaft in Eisleben hat ein außerordentlich glänzendes Geschäftsjahr hinter sich. Der Betriebsgewinn ist von 15,02 Millionen auf 24,15 Millionen Mark gestiegen. Die Abschreibungen sind von 5,87 auf 10,42 Millionen Mark erhöht worden. Zu Rückstellungen wurden 6,3 Millionen Mark verwendet (im Vorjahre nur 2,9 Millionen Mark). Als „Reingewinn" wird nach diesen Abzügen „nur" eine Summe von 4 177 354 M. ausgewiesen. (Im Vorjahre 3 119 647 M.) Auf den Kux werden daraus 50 M. Ausbeute verteilt (i. V. 35 M.). Für Hütten-Neubauten sind 2 Millionen Mark zurückgestellt worden. Außerdem wurde eine Ausbeute-Rücklage in derselben Höhe geschaffen. — Die Erzeugung von Raffinadkupfer stieg von 19 683 auf 20 178 Tonnen. Auch die Silberproduktion konnte erhöht werden. Dagegen ist die Kali- und Kohlenförderung und die Kokserzeugung auf den Werken der Gewerkschaft zurückgegangen. — Die starke Gewinnsteigerung ist der Kriegskonjunktur zu danken. Der Wert der Anlagen erscheint in der Bilanz infolge der verdoppelten Abschreibungen nur noch mit 51,9 Millionen Mark (i. V. 61,3 Mill. Mark).

Die Gewerkschaft König Ludwig in Recklinghausen hat sich von dem Rückschlag in den ersten Kriegsmonaten im Jahre 1915 wieder erholt. Der Bruttogewinn stieg wieder von 3 033 898 auf 4 387 726 M., die Erträge aus dem Grubenbetrieb stiegen von 1 904 219 auf 3 011 462 M., die Erträge aus der Kokerei und Nebenerzeugnissen von 1 014 018 auf 1 345 568 M. Dagegen sanken die Einnahmen aus dem Eisenbahn- und Hafenbetrieb von 108 008 auf 29 162 M. Die Erträge aus der Ziegelei blieben fast die gleichen (stark 1 Million Mark). Als Ausbeute wurden 1,1 Millionen Mark verteilt (i. V. nur 1 Million). Die Kohlenförderung stellte sich im Monatsdurchschnitt auf 69,3 Proz. der durch Kriegseinflüsse noch nicht beeinträchtigten Förderung vom Juli 1914. Der Koksbestand wurde abgestoßen. Der Kahnpark ist im Hinblick auf die nach Friedensschluß zu erwartende Konjunktur ansehnlich vergrößert worden. Ebenfalls wird die Leistungsfähigkeit der Dampfer durch Umbauten erhöht.

Linke-Hofmann-Werke, Breslauer A.-G. für Eisenbahnwagen-, Lokomotiv- und Maschinenbau. In ihrem Geschäftsbericht über das Jahr 1915 sagt der Vorstand: „Das Jahr 1915 stand vollständig unter dem Einfluß des Krieges. Es gelang, dank treuer Mitarbeit unserer Beamten- und Arbeiterschaft, großen Anforderungen, die insbesondere die staatlichen Behörden an die Lieferfähigkeit des Werkes stellten, zu genügen." Das heißt: es gelang, die Abschlußziffern des Jahres 1915 denen des Jahres 1913 anzunähern und sogar zu übersteigen — außer in einem Posten. Während der Betriebsüberschuß von 4 898 402 M. im Vorjahre auf 7 368 069 M. (1913: 7 705 470 M.) stieg, der Reingewinn sogar noch den 1913er übertraf (1913: 2 777 821 M., 1914: 1 060 433 M. und 1915: 2 822 321 M.), blieb der Posten Unkosten usw., der u. a. die Löhne und Gehälter umfaßt, bedeutend hinter dem 1913er zurück. (1913: 3 866 183 M., 1914: 2 896 371 M., 1915: 3 376 251 M.) Für die Zahlung der Dividende werden wieder (wie 1913) 2 405 250 M. verwendet (1914 nur 1 067 750 M.). Und zwar erhalten die Vorzugsaktien wie in den Vorjahren 4½ Proz., die Stammaktien wie 1913 17 Proz. (1914 nur 7 Proz.). In der Bilanz erscheinen Maschinen nur noch mit 1 M. (1914: 455 814 M., 1913: 711 271 M.).

Die Maschinenfabrik Rud. Ley in Arnstadt (Thür.) verdreifacht ihre Dividende von 4 auf 12 Proz.

Die Voltohm Seil- und Kabelwerke in Frankfurt am Main steigern ihre Dividende von 10 auf 15 Proz.

Die Braunkohlen- und Brikettwerke Roddergrube, A.-G. in Brühl bei Köln, verteilen für 1915 wieder 14 Proz. Dividende.

Die ausländischen Aktionäre des Stahltrusts.

Der amerikanische Stahltrust hat Ziffern veröffentlicht, aus denen sich ergibt, wie sich die Aktien des Stahltrusts außerhalb Amerikas am 31. Dezember 1915 verteilten. Sie beliefen sich auf fast 70 Millionen Dollar, d. h. 50 Millionen weniger als 1913, immerhin aber noch eine Summe, die groß genug ist, um auf den New Yorker Markt sehr bedeutenden Einfluß zu üben.

Nach der „Bache Review" gibt der „Economist" vom 11. 3. die folgenden Ziffern:

Anzahl der Stahltrust-Aktien.

	1913	1914	1515
In Oesterreich-Ungarn	720	690	582
„ Belgien	1 354	3 504	2 634
„ Kanada	41 776	54 259	88 011
„ England	779 378	710 621	855 088
„ Frankreich	67 861	64 537	50 198
„ Deutschland	2 176	2 623	1 147
„ Holland	351 623	342 645	238 617
„ Irland	3 691	2 991	1 730
„ Schottland	3 738	4 208	3 435
„ Schweiz	450	1 470	1 267
„ Westindien	1 750	1 872	1 568
„ anderen Ländern	3 588	3 644	2 409
Insgesamt	1 259 055	1 196 064	696 631

Daß Deutschland nur so wenig Stahltrust-Aktien besitzt, mag auf die Tatsache zurückzuführen sein, daß es seit Jahren viele amerikanische Wertpapiere verkaufte. Auch ist es wahrscheinlich, daß viele amerikanische Papiere für Deutschland in Holland verwaltet wurden, wo 1913 mehr als 35 Millionen Dollar (Nennwert) Stahltrust-Aktien oder mehr als ein Viertel des Gesamtbesitzes an diesen Aktien im Ausland untergebracht waren.

Der stärkste Besitz irgend eines Landes an Stahltrust-Aktien gehörte 1913 mit fast 80 Millionen Dollar England. Am Schlusse des Jahres 1915 war mehr als die Hälfte davon verkauft.

Vom Ende des Jahres 1915 bis Ende 1914 hatten einige Länder, obwohl der Krieg bereits 5 Monate lang im Gange war, Stahltrust-Aktien noch weiter aufgehäuft. Am bemerkenswertesten war dies für Belgien, dessen Besitz daran von 1354 Stück Ende 1913 auf 3504 Stück Ende 1914 stieg. Die Verminderung auf 2634 Stück im Jahre 1915 ist nicht groß, berücksichtigt man die schrecklichen Prüfungen, die das Land durchzumachen hatte.

Englands Außenhandel 1915.

Im Jahre 1915 hatte der Außenhandel Englands im Vergleich zu den beiden Vorjahren einen Wert von

	Millionen Pfund Sterling		
	1913	1914	1915
Einfuhr	768,7	696,6	855,7
Wiederausfuhr	109,6	95,4	98,8
Reineinfuhr	659,1	601,2	754,9
Reinausfuhr	525,2	430,7	384,6
Ausfuhr einschl. der Wiederausfuhr	634,8	526,2	483,4

Diese Zahlen schließen nicht ein die Waren, die bei der Einfuhr der englischen oder einer alliierten Regierung gehörten. Auch nicht die Waren, die in England von den oder für die alliierten Regierungen gekauft worden sind.

Die in englischen Häfen eingelaufenen Schiffe hatten 1915 nur 33,7 Millionen Tonnen Gesamt-Tonnage (1914: 43, und 1913: 49 Millionen). Die ausgelaufenen Schiffe verfügten 1915 über eine Gesamt-Tonnage von 30,3 Millionen Tonnen (1914: 55,9, und 1913: 67,8 Millionen).

Krieg und englisches Wirtschaftsleben.

Die Associated Preß Co. veröffentlicht, wie dem „Daily Telegraph" vom 21. 3. gemeldet wird, ein Telegramm aus London, das von dem Verbot der Einfuhr von Luxuswaren handelt, und Aeußerungen des Handelsministers enthält. Runciman sagt, daß das Verbot fraglos auch auf Amerika Einfluß haben wird, daß es aber alle Länder gleichmäßig betrifft, es sei absolut notwendig, die Verschiffung von Luxuswaren einzuschränken, um Schiffsraum für die notwendigsten Dinge zu gewinnen. Ueber die allgemeine wirtschaftliche Lage äußerte Runciman sich noch dahingehend, daß die Industrietätigkeit noch nie so groß war, die Löhne waren nie so hoch, die Arbeitslosigkeit noch nie so gering. Die Frauen bewähren sich überraschend gut, die Metallindustrie beschäftigt 77 000, Leder 14 000, verschiedene andere Industriezweige 274 000. In der Landwirtschaft werden immer noch mehr Frauen benötigt, 200 000 könnten allein noch in Süd-England gebraucht werden. (z)

Osterwein Santa Lucia

Deutsches Theater.
Direktion: Max Reinhardt.
Shakespeare-Zyklus.
7½ Uhr, zum 25. Male: Macbeth.
Kammerspiele.
8 Uhr: Der eingebildete Kranke.
Hierauf: Ballett.
Volksbühne. Theater a. Bülowpl.
8¼ Uhr: Doppelselbstmord.

Dir. Meinhard-Bernauer.
Theater i. d. Königgrätzerstraße
7½ Uhr: Ein Traumspiel.
Komödienhaus
8 Uhr: Kameraden.
Berliner Theat.
8 Uhr: Wenn zwei Hochzeit machen.

Lessing-Theater.
8 Uhr: Die gutgeschnittene Ecke. (Albert Bassermann.)
Donnerst.: Die gutgeschnittene Ecke. (Albert Bassermann.)
Deutsch. Künstler-Theater.
Allabendlich 8 Uhr:
Die selige Exzellenz.

URANIA
Taubenstr. 48/49.
4 Uhr:
Kurland u. die Dünafront.
8 Uhr: Dr. Rohrbach:
Deutschland über See, vor und nach dem Kriege.

Theater für Mittwoch, den 5. April.

Deutsches Opernhaus Charlottbg.
8 Uhr: Carmen.
Friedrich-Wilhelmstädt. Theater.
8 Uhr: Das Dreimäderlhaus.
Gebr. Herrnfeld-Theater
8 Uhr: Der Schlemihl.
Kleines Theater.
8 Uhr: Logierbesuch.
Komische Oper.
8 Uhr: Jung muß man sein.
Lustspielhaus.
8¼ Uhr: Der Gatte des Fräuleins.
Metropol-Theater
8 Uhr: Die Kaiserin (Maria Theresia).

Montis Operetten-Theater
8 Uhr: Der selige Balduin
Residenz-Theater
8¼ Uhr: Loge No. 7 m. Henry Bender.
Schiller-Theater O.
8 Uhr: Romeo und Julia.
Schiller-Th. Charlottenbg.
8 Uhr: Der Ehrenbürger.
Thalia-Theater.
8 Uhr: Blondinchen.
Theater am Nollendorfpl.
3¼ Uhr: Hofgunst.
8¼ U.: Immer feste druff!
Theater des Westens
8 Uhr: Das Fräulein vom Amt
mit Guido Thielscher.
Trianon-Theater.
8¼ U.: Die beiden Meyers.

Walhalla-Theater.
Mittwoch 4 Uhr: Max und Moritz.
8 Uhr: Es gibt nur ein Berlin.

Rose-Theater.
8 Uhr: Gastspiel Alwin Neuß:
Die goldene Eva.
Sonnab. 4 Uhr: Hänsel u. Gretel.

Casino-Theater
Lothringer Str. 37. Tägl. 8 Uhr.
Ein großer Theatererfolg!
Allabendlich stürmischer Beifall!
Die Vogelscheuche.
Volksstück in 3 Aufzügen.
Vorher erstklassiges Aprilprogramm.
Sonntag 4 Uhr: Was machste nu.

Luisen-Theater
8.15 Uhr:
Sie weiß etwas.
Sonntag 8: Die Allwördens.

WINTER GARTEN
Elsa und Berta
Wiesenthal
sowie der neue Aprilspielplan.
Außerdem:
„Arizonda"
Varieté-Operette in 3 Bildern von F. Dörmann.
Musik von Gilbert.
Mitwirkende: Else Berna, Lotte Werkmeister, Paul Biensfeldt, Gustav Matzner, Heinrich Peer, Fritz Lion, Joseph Christian, Eugen Wolter.

Voigt-Theater.
Badstr 58. Badstr. 58.
Mittwoch, den 5. April 1916:
Graf Waldemar.
Schauspiel in 5 Aufzügen von Gustav Freitag.
Kassenöffnung 7 Uhr. Anf. 8 Uhr.

Reichshallen-Theater.

Stettiner Sänger.
Zum 160. Male:
„Die von der Emden."
Für Militärpersonen freier Eintritt zu den Stett. Sängern.
Anfang 8 Uhr.

Circus Busch
Täglich 8, Sonntag 3½ und 8 Uhr:
„Ostern"
Neue Original-Pantomime in drei großen Akten von Paula Busch.
Besonders hervorzuheben:
1. Altgermanisches Osterfest.
Tanz der römischen Sklavinnen.
Tanz Freyas, Baldurs und der Walküren.
Sonnenaufgang und Erscheinen der Göttin Ostara.
2. Osterfest des Mittelalters.
Die Spiele im Dom:
1. Bild: Die Kinder mit d. Muschel.
2. Bild: Die drei Marien.
3. Bild: Die drei Erzengel u. eine Schar jubilierender Engel.
3. Die Geschichte v. uns. Osterhasen.
Große Schluß-Apotheose
Die Riesen-Osterbonbonniere.
Vorher: Die neuen April-Schlager.
U. a.: Die Automaten-Menschen.
3 Gebr. Philipp. — 3 Rosellos.
Lonny, musikalisches Wunderpferd.

Possen-Theater.
Linienstraße. a. d. Friedrichstr.
8¼ Kobis Abenteuer 8¼
Der große Augenblick.
Freitag, den 7. April:
Zum 1. Male:
Na so was!
Gannef & Co.

Palast Theater Am Zoo
Tägl. 8 Uhr, Sonnt. 3½ u. 8 Uhr.
Ein Programm sondergleichen!
Das höchste Kleinod!
In einem Aufzug v. Otto Reutter.
Lyda Salmonova — Otto Röhr
B. Mörbitz — Zirkus im Theater
u. d. übr. April-Schlager.
12 hervorragende Nummern 12

Heines Werke
3 Bände 4 Mark
Buchhandlung Vorwärts

Berliner Konzerthaus.
Mauerstr. 82. Zimmerstr. 90/91.
Täglich: Großes Konzert
Berliner Konzerthaus-Orchester Leiter: Komponist Franz v. Blon.
Anfang 8 Uhr. Eintritt 30 Pf. Anfang 8 Uhr.
Freitag, den 7. April:
Vaterländischer Abend
der Berl. Jugendkompagnien des Bezirkes Berlin 1 b.

Bekanntmachung.

Durch Beschluß der Gemeindebehörden ist der Gaspreis für das Etatsjahr 1916 auf 16 Pf. für das Kubikmeter festgesetzt worden.

Bei der Benutzung von gewöhnlichen Gasmessern werden folgende Rabatte gewährt:

a) ohne Rücksicht auf die Verwendungsart (abgesehen von dem zur Flur- und Treppenbeleuchtung, zum Motorenbetriebe und zu Heizzwecken sowie zur zentralen Warmwasserversorgung von ganzen Häusern oder auch einzelnen Wohnungen verbrauchten Gase)

9 %	bei einer jährl. Entnahme von	5001— 25000 cbm	= 14,56 Pf. f. d. cbm
9½	„ „ „ „	25001— 50000 „	= 14,48 „ „ „
10	„ „ „ „	50001— 75000 „	= 14,40 „ „ „
11	„ „ „ „	75001—100000 „	= 14,24 „ „ „
12	„ „ „ „	100001—125000 „	= 14,08 „ „ „
13	„ „ „ „	125001—150000 „	= 13,92 „ „ „
14	„ „ „ „	150001—175000 „	= 13,76 „ „ „
15	„ „ „ „	175001—200000 „	= 13,60 „ „ „
16	„ „ „ „	200001—225000 „	= 13,44 „ „ „
17	„ „ „ „	225001—250000 „	= 13,28 „ „ „
18	„ „ „ „	250001—275000 „	= 13,12 „ „ „
19	„ „ „ „	275001—300000 „	= 12,96 „ „ „
20	„ „ „ „	300001 und mehr „	= 12,80 „ „ „

b) ohne Rücksicht auf die Höhe des Verbrauches

1. 15 % für Gas zur Flur- und Treppenbeleuchtung = 13,60 Pf. für das cbm
2. 20 % zum Motorenbetriebe, zu Heizzwecken und zur zentralen Warmwasserversorgung von ganzen Häusern oder auch einzelnen Wohnungen = 12,80 Pf. für das cbm.

Die Rabattgewährung zu b kann nur erfolgen, wenn die zu unter 1 und 2 genannten Zwecken entnommenen Gasmengen durch je einen besonderen Gasmesser festgestellt werden.

Auf kürzere Fristen als 1 Jahr werden Rabatte nicht gewährt.

Bei Benutzung von Gasautomaten werden für 10 Pf. geliefert:

a) wenn die Beleuchtungs- und Kocheinrichtung von den Gaswerken vorgehalten wird, 542 Liter,
b) wenn nur der Gasautomat von den Gaswerken, nicht aber die Beleuchtungs- und Kocheinrichtung von den Gaswerken vorgehalten wird, 588 Liter,
c) wenn das Gas zur zentralen Warmwasserversorgung, zum Motorenbetriebe oder zu Heizzwecken verwendet wird, 728 Liter.

Berlin, den 31. März 1916.

Berliner Städtische Gaswerke.

Verantw. Redakt.: Alfred Bielepp, Neukölln. Inseratenteil verantw. Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdr. u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 1 Beilage u. Unterhaltungsbl.

Der Militäretat

vor der Budgetkommission.

(Sitzung vom 4. April.)

Abg. Erzberger erörtert die Wirkung der Zeppelinangriffe auf England, deren Fortsetzung dringend zu wünschen sei. An der weiteren Vervollkommnung dieser Waffe müsse unablässig gearbeitet werden. Bei Explosionsschäden darf man nicht erst warten, bis die Rechtsfrage entschieden ist; hier muß sofort mit Entschädigungen eingegriffen werden. Die in Ruhleben bestehenden Mißstände sollen beseitigt werden. — Kriegsminister v. Wandel macht vertrauliche Mitteilungen über die Frage der Luftschiffe. Bei Explosionsschäden ist man bestrebt, die Entschädigungsfrage rasch zu lösen. — Die Erhöhung der Haferpreise war nötig, um den Bedarf der Armeen rechtzeitig sicherzustellen.

Abg. Götting (natl.) bespricht die Eingriffe des Generalkommandos in Hannover in den Betrieb der Presse. — Generalarzt Schultzen legt die Beförderungsverhältnisse der Aerzte dar, die im allgemeinen befriedigend sind.

Abg. Bauer (Soz.) bemängelt, daß noch immer eine große Anzahl Leute, die seit Beginn des Krieges im Felde stehen, keinen Urlaub erhalten hat. Einzelne Truppenteile stellen Arbeiter für Munitionsfabriken, Werften usw. zur Verfügung. Wenn die Familie eines solchen Arbeiters auswärts wohnt, so wird dafür ein Verpflegungszuschuß von 2 M. pro Tag gewährt. Dieser Zuschuß kommt in letzterer Zeit in Wegfall. Trotz einer entgegenstehenden Verfügung des Kriegsministers werden an vielen Orten Versammlungen der Gewerkschaften verboten. Diese Verbote erstrecken sich sogar auf Betriebsversammlungen. — Kriegsminister v. Wandel antwortet, daß das Kriegsministerium bei Urlaubsfragen stets eingegriffen habe und das auch ferner tun werde. Man soll aber die Schwierigkeiten nicht übersehen, die mit der Erteilung von Urlaub verbunden sind. Den Versammlungsverboten soll nachgegangen werden.

Abg. Dr. Cohn (Arbeitsgemeinschaft) bringt einen Fall rigoroser Behandlung eines Reichstagsabgeordneten bei der Ueberschreitung der Schweizer Grenze zur Sprache. Der Abgeordnete wurde nicht bloß einer Körpervisitation unterzogen, sondern auch von der Ueberschreitung der Grenze zurückgewiesen. Auf erhobene Beschwerde ist dem Abgeordneten endlich mitgeteilt worden, daß seine Zurückweisung im Interesse der öffentlichen Ordnung erfolgt sei. Redner polemisiert dann gegen die Ausführungen des konservativen Abgeordneten Rehbel, der es für seine Pflicht gehalten habe, den Kriegsminister zu decken. Die Behauptung, daß die Internierung der Engländer lediglich als Repressalie erfolgt sei, ist unrichtig; jedenfalls besteht kein Grund mehr dafür, diese Internierung noch aufrechtzuerhalten. Wirkliche Engländer hat man bei der Internierung überhaupt nicht getroffen. Redner verbittet sich schließlich die Art, in der der Kriegsminister zu antworten pflegt.

Kriegsminister v. Wandel tritt dem Vorredner entgegen. Dieser habe Offiziere angegriffen, die sich hier nicht verteidigen können; sie in Schutz zu nehmen, sei seine Pflicht. Der vom Vorredner erwähnte sozialdemokratische Abgeordnete ist von der Ueberschreitung der Grenze zurückgewiesen worden. Die Verantwortung dafür trägt der zuständige Kommandant. Die Internierung der Engländer war eine Vergeltungsmaßnahme. In Ruhleben sind zurzeit u. a. noch 1200 englische Seeleute untergebracht. Eine große Anzahl der Internierten ist bereits entlassen.

Mit einer scharfen Auseinandersetzung zwischen dem Abg. Dr. Cohn und Kreth schloß die Debatte.

Bei der Abstimmung wurden sämtliche sozialdemokratische Anträge gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Fortschrittler abgelehnt.

Es folgt die Beratung des

Etats des Reichsmarineamts.

Die Verhandlungen werden streng vertraulich geführt.

In der Diskussion stritten sich Konservative und Fortschrittler lange um die Bedeutung des zurückgetretenen Großadmirals v. Tirpitz; insbesondere nahmen die Fortschrittler für sich in Anspruch, daß sie die ersten gewesen sind, die schon vor Jahren die Bedeutung des Unterseebootes erkannt hatten. — Abg. Erzberger regte an, die Deckoffiziere nunmehr im Gehalt aufzubessern. — Dem wurde von einem Regierungsvertreter entgegengehalten, daß es ganz unmöglich sei, diese Erhöhung jetzt in den Etat hineinzubringen. — Dieser Auffassung trat Abg. Struve (Fortschritt) scharf entgegen; wenn man die Gehaltserhöhung in den Etat einsetze, dann müsse die Regierung entweder zustimmen oder den Etat ablehnen. Dieser Redner wandte sich auch scharf gegen die Art, wie einzelne Parteien versuchen, Herrn v. Tirpitz als einen Nationalheiligen zu stempeln.

Abg. Brandes (Soz.) bespricht die Arbeiterverhältnisse auf den Werften. Wenn dort über Abgang von Arbeitern geklagt wird, dann liege die Schuld an den ungünstigen Verhältnissen. In den Betrieben der Heeresverwaltung werden bessere Löhne bezahlt. Die jetzt übliche Ueberarbeit kann für die Dauer nicht geleistet werden. An den geforderten Leistungen gemessen, sind die Löhne zu niedrig. Die gewährten Kinderzulagen können nicht als Ausgleich anerkannt werden. Die Familienzulagen von 2 M. pro Tag kommen in Abzug, sobald die Arbeiter ihre Frauen von auswärts nach dem Arbeitsort kommen lassen. Diese Verfügung des Marineamts ist ganz unhaltbar. Wenn diese Zulage beseitigt werden soll, dann müssen die Löhne erheblich aufgebessert werden. Mit der Aufbesserung der Deckoffiziere kann man einverstanden sein, dann müssen aber auch gleichzeitig eine Reihe anderer Kategorien aufgebessert werden. Besonders schlimm sind die Hilfswerkführer auf den Werften gestellt. Auch hier müsse eine Abhilfe sofort eintreten.

Staatssekretär v. Capelle legt eine Uebersicht vor, wonach die Arbeiter der Werften 30 Proz. Lohnzulage bekommen haben. Zugegeben ist, daß die Arbeit sehr anstrengend ist. Es ist daher bereits angeordnet, daß mit Rückwirkung vom 1. April die Akkordarbeiter wesentlich aufgebessert werden. Der Staatssekretär sagt schließlich eine Abstellung der Klagen der Hilfswerkführer zu und versichert, daß die Bestimmungen über die Familienunterstützung neu geregelt werden sollen. — Die Beratungen gehen Mittwoch weiter.

Die Postabgaben

in der Steuerkommission angenommen.

Nach längerer Diskussion beantragt Wiemer (Vp.) mit Unterstützung von Vertretern aller bürgerlichen Parteien, die Abgabe wie folgt zu gestalten:

Briefe im Orts- und Nachbarortsverkehr 2 Pf., sonstigen Verkehr 3 Pf., Postkarten 3 Pf., Drucksachen bis 50 Gramm 3 Pf., Pakete bis 5 Kilogramm im Nahverkehr 5 Pf., im sonstigen Verkehr 10 Pf., über 5 Kilogramm im Nahverkehr 10 Pf., im sonstigen Verkehr 20 Pf., Briefe mit Wertangabe (wie in der Vorlage) im Nahverkehr 5 Pf., im sonstigen Verkehr 10 Pf., Postauftragsbriefe 5 Pf.; Postanweisungen sollen frei bleiben. Der Postscheckverkehr soll gleichfalls frei bleiben; Telegramme 2 Pf. für jedes Wort, mindestens aber 20 Pf. Rohrpostbriefe und -karten 5 Pf.; den Fernsprechverkehr in allen Positionen um 10 Proz. zu erhöhen.

Die Nationalliberalen beantragen Freilassung telegraphischer und telephonischer Nachrichten, die als Pressemeldungen ausdrücklich bezeichnet und nachgewiesen sind. — Ein Regierungsvertreter erklärt zu diesem Antrag: für den Auslandsverkehr komme er nicht in Betracht, im Inlandsverkehr seien schon bisher zurzeit der Presse Vergünstigungen gewährt worden. — Molkenbuhr (Soz.) zeigt an der Hand statistischen Materials, wie sehr die Fahrkartensteuer die Eisenbahneinnahmen vermindert hat. Das Ergebnis der Postabgaben könne sein, daß der Verkehrsrückgang größer werde, als der Steuerertrag. Solche Steuern machten die Sozialdemokraten nicht mit. — Meyer-Kaufbeuren (Zentrum) beantragt, Zeitungspakete, die als solche erkennbar sind, von der Abgabe freizulassen. — Mehrere Kommissionsmitglieder empfehlen die Schonung der Presse.

Ein bayerischer Regierungsvertreter wendet sich gegen die nationalliberale Resolution, die einheitliche Postwertzeichen erstrebt. Eine Zustimmung der bayerischen Regierung könne er nicht in Aussicht stellen. — Gegenüber einigen Einwänden des Staatssekretärs Kraetke betont Hildenbrand (Soz.) die praktische Ausführbarkeit des Antrages Meyer. Er befürwortet ferner unter Berufung auf die Erfahrungen Württembergs die einheitlichen Wertzeichen. — Warmuth (Dtsch. Fr.) beantragt, alle Sendungen an Zeitungen von der Abgabe freizulassen.

Bei der Abstimmung wird der Antrag Wiemer in allen Punkten gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen. Die Streichung der Abgaben auf Postanweisungen und auf den Postscheckverkehr erfolgt einstimmig. Der Antrag Meyer wird angenommen; desgleichen der nationalliberale Antrag zugunsten der Presse, aus dem aber die Telephonnachrichten gestrichen werden. Damit ist der Antrag Warmuth erledigt. — Der sozialdemokratische Antrag, der die Abgaben bis zum Ablauf des ersten Etatsjahres nach Friedensschluß befristen will, wird gegen die Stimmen der Antragsteller abgelehnt. Angenommen wird der Antrag der Fortschrittler und der Nationalliberalen, wonach die Aufhebung der Reichsabgabe spätestens nach Ablauf des ersten Etatsjahres nach Friedensschluß erfolgen muß, wenn es der Reichstag verlangt. — Gegen die Stimmen der Sozialdemokraten wurde der Antrag Vogtherr abgelehnt, der die Portofreiheit der Bundesfürsten aufzuheben verlangte. — Angenommen wurde der folgende, dem Sinne nach mit einem sozialdemokratischen Antrag übereinstimmende Antrag der Fortschrittler:

„Eine Befreiung der regierenden Fürsten in den Staaten des Deutschen Reiches, sowie der Gemahlinnen und Witwen dieser Fürsten von der Reichsabgabe findet nicht statt.“

Mit 14 gegen 12 Stimmen des Zentrum und der Rechten fand auch die nationalliberale Resolution betr. Einführung einheitlicher Postwertzeichen Annahme. Im übrigen wurde der Gesetzentwurf genehmigt.

Eine Warenumsatzsteuer

schlägt das Zentrum an Stelle der Quittungs- und Frachtbriefsteuer vor. Der von dem Abg. Müller-Fulda ausgearbeitete Gesetzentwurf über die vorgeschlagene Warenumsatzsteuer hat folgenden Wortlaut:

§ 1. Jeder Umsatz (Verkauf, Lieferung) von Waren irgend welcher Art innerhalb des Deutschen Reiches unterliegt einer Abgabe (Umsatzstempel). Die Abgabe ist nach dem Wert der bedungenen Leistung zu berechnen, gleichviel, ob diese durch Zahlung oder andere Gegenleistungen erfolgt.

§ 2. Alle Personen, welche sich mit dem Verkauf, der Vermittelung des Verkaufs oder der Lieferung von Waren befassen, haben über die in ihrem Betrieb stattfindenden Umsätze (Verkäufe, Lieferungen) ordnungsmäßige Bücher zu führen, den Gesamtumsatz am Schluß eines jeden Kalendervierteljahres festzustellen und auf vom Bundesrat vorgeschriebenen Vordrucken innerhalb 30 Tagen zur Versteuerung anzumelden. Für Betriebe, in welchen eine Buchführung nicht gebräuchlich ist, insbesondere für solche, deren jährlicher Gesamtumsatz 5000 M. nicht übersteigt, kann der Bundesrat an Stelle der vorgeschriebenen buchmäßigen Feststellung eine Abschätzung des Umsatzes anordnen.

Für Betriebe, deren Jahresumsatz 50 000 M. nicht übersteigt, kann die Anmeldung zur Versteuerung für ein volles Kalenderjahr gestattet werden.

§ 3. Die Abgabe ist zu dem vorgeschriebenen Zeitpunkt der Anmeldung fällig und mit der letzteren zu entrichten.

§ 4. Die Abgabe beträgt von Umsätzen in Gegenständen aus edlem Metall, Edelsteinen oder Perlen sowie in sonstigen Schmuck- und Luxusgegenständen 2 vom Tausend, von Umsätzen in anderen Waren 1 vom Tausend des Werts der bedungenen Leistung; Bruchteile von 1000 M. werden für volle 1000 M. gerechnet.

Befreit von der Abgabe sind: 1. Umsätze in ungemünztem Gold und Silber, 2. Umsätze, die einer Abgabe auf Grund der Nr. 4 oder 11 des Stempeltarifs unterliegen.

§ 5. Steuerpflichtige haben die vorgeschriebenen Bücher (§ 2) fünf Jahre lang, vom Schlusse des Jahres ab, für welches die Abgabe zu entrichten ist, aufzubewahren und der Steuerbehörde jederzeit auf Verlangen vorzulegen.

§ 6. Wer den Vorschriften des § 2 zuwiderhandelt oder über seinen Umsatz unrichtige Angaben macht, hat eine Geldstrafe verwirkt, welche dem fünfzigfachen Betrag der hinterzogenen Abgabe gleichkommt. Kann der Betrag der letzteren nicht festgestellt werden, so tritt Geldstrafe von 150 bis 30 000 M. ein. Wer den Vor-

Wolhynien aus der Vogelperspektive.

Von Hugo Schulz.

21. März 1916.

Die Wiener Kriegskolonie an der grauen J. hat auch einen Ersatz-Stefansturm, der als Lug-ins-Land treffliche Dienste leistet. Es ist das der mächtige Fesselballon der Luftschifferabteilung, der an sichtigen Tagen 500 bis 700 Meter hoch über allen wolhynischen Erdenschmutz in reinen Aetherhöhen schwebt und dabei zwei Beobachter mit trägt, die dank dem trefflichen Scherenfernrohr dem Feinde drüben förmlich in den Magen gucken können. Der weiß es und sendet auch gelegentlich ein paar Schrapnells in die Richtung des honiggelben Spähvogels, zum Glück aber bisher ohne den geringsten Erfolg. Ich durfte eines Tages als Zaunkönig unter den Adlerfittichen mitschweben und fand so Gelegenheit, Wolhynien von oben zu betrachten. Eigentlich hatte ich es auf eine Fahrt im Freiballon abgesehen gehabt, denn die gilt als zuverlässig angenehm, während der Fesselballon im Winde schwankt und daher bei Leuten, die sich nicht schwindelfrei wissen, in üblem Rufe steht. Die Wind- und Sichtverhältnisse machten die Freiballonfahrt, die mir der liebenswürdige Kommandant Hauptmann T. gerne bewilligt hätte, unmöglich und so mußte ich mich denn auf meine öfter bewährte Seefestigkeit verlassen. Um es gleich zu sagen, verlief die Sache noch viel glimpflicher, als ich es mir vorgestellt hatte, denn bei mäßiger Windstärke pendelt der Ballon nur mit ganz geringem Ausschlag, der in der Gondel kaum fühlbar wird, und bei sehr stürmischem Wetter sollen die Insassen auch nichts Uebleres erleiden, als einen gewissen Bauchkitzel nebst einigen Umdrehungen des Mageninhalts. Weit mehr beklagen sie sich darüber, daß sie bei starkem Wind die größten Schwierigkeiten haben, das Fernrohr einzustellen und ihre Beobachtungsaufgaben zu lösen.

Bevor ich mit aufsteigen durfte, sah ich zu, wie der Ballon nachgefüllt wurde. Das Kommando der Ballonabteilung hat eine für wolhynische Verhältnisse recht angenehme Heimstätte gefunden, um die es sogar vom Divisionsstab, der sich in ein elendes Dorf einbauen mußte, beneidet wird. Die Ballonleute wohnen in einem Gutshof, dessen Herrenhaus ganz nett eingerichtet ist. Es bietet nur den Offizieren Raum, die Mannschaft hat sich dagegen in der Nähe unter Benutzung der Wirtschaftsgebäude selbst wohnliche Unterkunftsräume geschaffen. Etwas abseits rieselt durch eine Mulde ein träges Bächlein, dessen Wasser für die Gasgewinnung verwertet wird. Ein Motor arbeitet dort, der mit einem Röhren- und Kesselsystem in Verbindung steht, in dem chemische Prozesse vor sich gehen. Ich habe mir bloß gemerkt, daß die Wasserzersetzung durch Einwirkung von Silicium erfolgt, welches sich durch Aufnahme des Sauerstoffs in Kieselsäure verwandelt und daß nach dem Entweichen des Wasserstoffes in seine Behälter merkwürdige Glasschlacken als Rückstände in den Kesseln bleiben. Die Chemie schwingt ihren Zauberstab, und darauf verwandelt sich das Wasser teils in Glas, teils in Gas.... Nicht weit vom Herrenhaus befindet sich ein stattlicher, aus hochaufragenden Birkenstämmen gefügter Bau. Das ist die Ballonhalle — der Käfig des riesengroßen, honiggelben Vogels, der dort hinschwebend hin und her schwappt. Die untere Hälfte des Ballons hängt schlapp und faltig herab, er bedarf der Nachfüllung. Aus einem Schuppen werden jetzt von der Mannschaft zwei kleinere Ballons hervorgeholt und herbeigetragen. Schwere Lasten, die nur die besondere Eigenheit haben, ihre Träger nicht erdwärts zu drücken, sondern himmelwärts zu ziehen. Diese kleineren Ballons sind die Gasbehälter, die nacheinander durch einen Schlauch ihren Gasinhalt an den großen Bruder abgeben. Die Ballonleute befördern das rasche Ueberströmen des Wasserstoffgases, indem sie die Behälter drücken, knieten, sich oft mit der ganzen Körpermasse auf sie legen — das Gas wird auf diese Weise abgemolken wie Milch aus den Kuheutern. Rasch bläht sich der große Ballon auf, die Runzeln verschwinden, und bald hat sich die Form einer riesigen, prallgefüllten Wurst hergestellt, die nun in fast feierlichem Aufzuge die Höhe hinangetragen wird. Mehrere Dutzend Mann sind nötig, den Ballon, der zur Sicherheit auch noch mit Sandsäcken verankert wird, festzuhalten. Andere knüpfen das Drahtseil, richten das Takelwerk und die Gondel her. Inzwischen erklärt mir Hauptmann T. die Beobachtungsvorrichtungen, die Funktionen der Ventil- und der Reißleine, bis es endlich heißt: Einsteigen!

Ich nahm, mich bescheiden in die Ecke drückend, Platz zur Seite des Leutnants, der als Ballonführer und Beobachter mit aufstieg. Auf Kommando wurde nun der Ballon hochgelassen. Die Sandsäcke wurden abgehängt, die Mannschaft ergriff die Schnüre der Seilrolle, die das dünne Drahtseil entlangläuft, und setzte sie, in Schnellschritt den Hügelhang hinabeilend, in Bewegung. Wie in einem Lift ging es nun himmelwärts, und zwar mit einer Geschwindigkeit, die mich in Erstaunen setzte. Im Nu waren die Menschen, die mit der Seilrolle liefen, nur mehr als winzige Punkte zu sehen, und der Gutshof unten sah aus wie ein Spielschachteldorf. Als der Ballon nach der Angabe des Aneroids 500 Meter hoch stand (ich hatte das Gefühl, höchstens 200 Meter über dem Boden zu sein), gab der Leutnant das Stopsignal und begann mir dann durch das Fernrohr die russischen Linien sowie den Verlauf der eigenen Stellungen, soweit sie im Bereich der Wiener Division liegen, zu zeigen. Viel zu sehen war bei dem nebligen Wetter nicht. An einer Stelle stieg bei den Russen eine dicke Rauchwolke auf, die dem Leutnant eine Weile Kopfzerbrechen machte, bis er endlich herausbekam, daß sie doch bloß von einem Kochfeuer herrühren dürfte. Bessere Sicht als für das, was an den Rändern des Dunst- und Nebelkreises lag, hatte ich für die nähere Umgebung, und ich konnte mir nun einmal Wolhynien aus der Vogelperspektive betrachten. Kein sonderlich reizvolles Landschaftsbild. In der Ferne die grünbedachten Kirchengiebel von D., in der Nähe ein paar elende Dörfer, die übrigens alle auffallend stattliche Kirchen mit Zwiebeltürmen besitzen. Von den sagenhaften Dörfern, dem Werke der seit einem halben Jahrhundert hier angesiedelten tschechischen Kolonisten weit und breit keine Spur. Nur ein paar Hopfenpflanzungen sind zu sehen. Auch Wälder gibt es und wo sie sind, dort liegt auch noch hoher Schnee. Sonst rundum nur kleine Schneefetzen, wie hingeworfene Leinenlappen. Dagegen liegt überall auf dem nackten Erdreich, sowohl auf den Hügelkämmen wie in den Mulden eine graue, metallisch schimmernde Kruste. Das ist der Dreck! Kreuz und quer ziehen sich darüber allenthalben breite Striemen, die von oben her so aussehen, wie das seltsame Netzwerk der Marskanäle. Es sind das die Fahrwege, die sich unsere Trainfuhrwerke in Ermangelung wirklich vorhandener durch einfaches Querfeldeinfahren selbst geschaffen haben. Diese Wegstreifen, die oft mehrere hundert Meter breit werden, weil es jeder Kutscher ängstlich vermeiden muß, im Gleise des anderen zu bleiben, ziehen sich meist über die Höhenkämme, denn dort sinkt man, wenn einmal die Hochsaison des Kotes begonnen hat, bloß bis an die Radnaben ein, während sich in den Mulden die Wagen fast buchstäblich in schwimmende Flöße verwandeln. Die Hochsaison des Kotes ist eben im Anzug. Sie fällt in die Zeit der Schneeschmelze, und die Bevölkerung hat für sie einen eigenen Namen: die Raßputica. Während der Raßputica lebt der wolhynische Bauer in seiner Hütte, wie Noah in seiner Arche. Er hat seine Familie schon vorher für längere Zeit mit Lebensmitteln versorgt und setzt dann bis nach Ostern keinen Fuß vor die Schwelle, um die eine wahre Sintflut von Kot, Schlamm und Morast brandet. So ist Wolhynien, und so ist der Boden, auf dem jetzt viele tausende Wiener leben müssen.

Das hat aber auch sein Gutes. Der Sumpfcharakter des Geländes erschwert unseren Mitbürgern in Waffen das Leben sehr, sichert sie aber andererseits ganz gründlich gegen eine noch so große Uebermacht des bösen Feindes, der am jenseitigen Ufer lauernd sitzt. An der J. ist für die Russen nichts zu wollen, denn jeder Angriff, der sich irgendwie um die stärksten Stützpunkte unserer Stellungen herumschlängeln möchte, führt unrettbar in den Sumpf. Sie wissen das ja selber genau, denn ihren Fliegern ist der Charakter unserer Stellungen nicht verborgen geblieben. Auch eine zehnfache Uebermacht könnte dieser Front nichts anhaben.

Während ich in der Gondel des Luftschiffes saß, hörte ich es in der Ferne höchstens zwei oder dreimal krachen — nicht anders, als wenn ich, im Frieden durch herbstliche Fluren streifend, zeitweilig den Knall eines Jagdgewehrs vernahm. Nur in der Nacht wird lebhafter geschossen. Da schwärmen auch die kühnen Patrouillen ins Vorgefilde der Stellungen, um ein paar Russen einzufangen oder die Heuschober abzuräumen, die draußen auf den Wiesen noch in großer Zahl aufgeschichtet stehen.

„Der Krieg wird alt,“ pflegt der Kommandant der Wiener Division zu sagen. An der J. kann man das deutlich sehen. Möge der Krieg dort bald ohne schüttelnde Agonie eines sanften Todes entschlafen, und möge es unseren braven Deutschmeistern und Stern gegönnt sein, ihm an Ort und Stelle die Augen zuzudrücken....

Nach halbstündigem Verweilen in den Lüften gewann ich wieder festen Boden unter den Füßen und verließ etwas durchfroren den Korb. Es war oben recht schön gewesen, aber ich hatte auch begreifen gelernt, was es für eine Nervenleistung ist, wenn der Beobachter bei Wind und Kälte fünf, sechs Stunden in dem engen Kasten ausharren und unverwandt durch das Fernglas zum Feinde hinüberstarren muß. Sehnsüchtig blickt mancher, der sich unten durch den Morast schleppen muß, zum Luftikus auf, der heiter in den Wolken schwebt, dem Luftikus wirbelt indessen der Kopf vor Anstrengung, und so sehr er seine Wolkenwarte auch liebt, ist er schließlich doch froh, seine Füße wieder in den Kot von Wolhynien tauchen zu können.

schriften des § 5 zuwiderhandelt, ist mit Geldstrafe bis zu 3000 M. zu bestrafen.

Die „Kreuz-Zeitung“ hat sich ziemlich umwirsch gegen eine Warenumsatzsteuer ausgesprochen, da die Schwierigkeiten, die sich namentlich aus der verschiedenen wirtschaftlichen Bedeutung der Umsätze in der Landwirtschaft, in der Industrie, beim Handel, an der Börse usw. ergäben, sehr groß seien. Solche gesetzgeberischen Probleme könnten nicht übers Knie gebrochen werden. Das „Berl. Tageblatt“ scheint, wie aus einer Polemik gegen die „Kreuzzeitung“ hervorgeht, der Warenumsatzsteuer geneigt zu sein. Das Blatt lobt insbesondere die Einfachheit des Entwurfs und glaubt, daß die Warenumsatzsteuer weniger kleinliche Belästigung als Quittungsstempel- und Postgebührenverteuerung mit sich bringe.

Das Problem der Volksernährung.

Die Ernährungsfragen, die bisher schon in den Verhandlungen des Reichstages einen breiten Raum eingenommen haben, werden diesmal bei der Beratung des Etats des Reichsamts des Innern behandelt. Dieser Etat steht bereits in den nächsten Tagen in der Budgetkommission zur Beratung. Die sozialdemokratische Fraktion hat dazu Resolutionen eingebracht, die folgende Forderungen enthalten:

1. Landwirtschaftliche Produktion.

a) für die Feldbestellung ist soweit als möglich die Beurlaubung der zum Heeresdienst eingezogenen Landwirte, Landarbeiter und Handwerker herbeizuführen.

b) Es sind Einrichtungen zu treffen, daß den kleinen Besitzern in größerem Umfange Kriegsgefangene für landwirtschaftliche Arbeiten zur Verfügung gestellt werden.

c) In den von unseren Truppen besetzten Bezirken des Auslandes ist die Bestellung der Felder, soweit sie die Besitzer nicht übernehmen können, durch Kriegsgefangene oder die Besatzungstruppe zur Ausführung zu bringen.

d) Bei der Verteilung der künstlichen Düngemittel ist entsprechend dem Bedarf des Betriebes eine gleichmäßige Verteilung der vorhandenen Mengen vorzunehmen.

e) Die Verwendung von landwirtschaftlichen Maschinen ist durch genossenschaftliche Organisationen auch dem Kleinbetrieb zu erleichtern.

f) Durch genossenschaftliche Zwangsorganisationen ist der Absatz der Produkte unter möglichster Ausschaltung hoher Zwischenhandelsgewinne herbeizuführen. Im besonderen ist der Anbau von Gemüse zu begünstigen, damit der Bedarf an ausländischen Erzeugnissen soweit irgend möglich zurückgedrängt wird.

Zur Minderung der Fettnot ist der Anbau von Oelfrucht zu fördern.

g) Der Mangel an Futtermitteln ist zu mildern durch Nutzbarmachung des frischen Laubes und Trocknen zu Laubheu. Das Herbeischaffen dieses Futtermittels muß durch eine großzügige Organisation unter Benutzung der Kriegsgefangenenarbeit geschehen.

h) Außer dem fiskalischen ist auch der private Waldbesitz zur Abgabe von Streu- und Futtermitteln zu verpflichten.

i) Zur Vermeidung großer Wildschäden ist in der Schonzeit ein teilweiser Abschuß zuzulassen, um gleichzeitig eine bessere Fleischversorgung zu erzielen.

k) Die Jagd auf wilde Kaninchen, sowie die Angelfischerei ist freizugeben.

II. Vieh- und Fleischversorgung.

a) Unverzüglich sind Maßnahmen zu ergreifen, um das weitere Abschlachten von Milchvieh zu unterbinden. Als Mittel kommen hierbei in Betracht: niedere Höchstpreisfestsetzung und eventuell Verbot der Abschlachtung brauchbaren Milchviehs.

b) Die Beschlagnahme der Butter muß auf alle Betriebe, die Butter zum Verkauf herstellen, ausgedehnt werden, um eine gleichmäßige Verteilung der Produkte herbeizuführen. Der Postversand an Einzelabnehmer ist zu verbieten.

c) Die Butterkarte in Verbindung mit einer Karte für den Bezug von Fett und Margarine ist in allen Gemeinden einzuführen. Die schwerarbeitende Bevölkerung ist bei der Verteilung zu bevorzugen.

d) Der Mangel an Schlachtvieh macht die Einführung einer Fleischkarte dringend notwendig, um den Verbrauch dort einzuschränken, wo bisher eine Zurückhaltung nicht geübt wurde.

e) Der so notwendigen Schweineaufzucht wird nicht nur der Mangel an Futtermitteln, sondern auch der hohe Preis für Ferkel gefährlich. Dieser muß in einer dem Wert entsprechenden Höhe festgesetzt werden. Bei sehr erheblichem Mangel an Schlachtvieh muß unter schonender Berücksichtigung des landwirtschaftlichen Betriebes zur teilweisen Beschlagnahme des Viehes gegriffen werden.

III. Kartoffelversorgung.

a) Die Mängel in der Kartoffelversorgung sind durch strenge Durchführung der Beschlagnahme zu beheben.

b) Die Rationierung für die Konsumenten erscheint nur dann notwendig, wenn die Bestände die Sicherheit einer ausreichenden Versorgung nicht bieten. Das zugeteilte tägliche Durchschnittsquantum von ½ Kilogramm ist ungenügend, da der Bedarf im Hinblick auf die Schwierigkeiten in der Ernährung, besonders in den Schichten der schwerarbeitenden Bevölkerung, erheblich höher ist.

IV. Allgemeine Anforderungen.

a) Der Einkauf der Nahrungsmittel im Auslande ist durch die Zentral-Einkaufsgesellschaft zu leiten.

b) Es ist zu verhindern, daß die Militärverwaltung ihren Bedarf durch Preisüberbietungen deckt. Die Ansprüche der Militärverwaltung müssen durch Beschlagnahme zu Höchstpreisen gedeckt werden.

c) Die vielen minderwertigen Ersatzmittel, die in den Handel kommen, lassen es zweckmäßig erscheinen, das Feilbieten erst dann zu gestatten, wenn vom Reichsgesundheitsamt der Wert dieser Nährmittel festgestellt und ein Kleinhandelspreis bestimmt ist.

d) Der Mangel an verschiedenen Nahrungsmitteln nötigt zur Aufhebung des freien Marktes, um eine Einteilung der Bestände im Kleinverkauf vorzunehmen.

Dringend notwendig ist die gleichmäßige Einteilung von Kaffee, Kaffee-Ersatz, Tee, Zucker, Hülsenfrüchten, Reis. Auf Milch, Kakao und Nährmitteln aus Reis, Roggen, Weizen, Hafer, Spelz und Gerste ist Kranken und Kindern ein Vorrecht des Bezuges zu gewähren.

e) Zu verbieten ist die Herstellung von Trinkbranntwein aus Materialien, die zur menschlichen Ernährung verwendbar sind.

f) Die Beschlagnahme von Lebensmitteln hat auf Anordnung der bereits geschaffenen Zentralgesellschaften für ihren Geschäftsbetrieb, im übrigen durch eine Reichsinstanz zu erfolgen.

g) Für alle Lebensmittel ist für Produzenten, Groß- und Kleinhandel ein Höchstpreis für das ganze Reich festzusetzen, und, wenn erforderlich, die Verteilung für den Kleinhandel und die gleichmäßige Versorgung für die einzelnen Bezirke anzuordnen. Dabei ist Abstand zu nehmen von einer nachträglichen Steigerung der Höchstpreise, sofern nicht durch Verlust bei der Lagerung ein Ersatz gewährt wird.

h) Die Kontrollmaßnahmen zum Schutze des Publikums gegen Uebervorteilung sind zu verschärfen. Besonders ist darauf zu achten, daß die hohen Preise für ausländische Waren nicht auch für inländische Erzeugnisse gefordert werden.

Politische Uebersicht.

Der Unterseebootkrieg vor dem Reichstage.

Den Reichstagsverhandlungen vom Mittwoch wird die (auch von Ebert und Scheidemann unterzeichnete) Erklärung der Budgetkommission des Reichstags zugrunde liegen. Diese lautet:

„Nachdem sich das Unterseeboot als eine wirksame Waffe gegen die englische, auf die Aushungerung Deutschlands berechnete Kriegführung erwiesen hat, gibt der Reichstag seiner Ueberzeugung Ausdruck, daß es geboten ist, wie von allen unseren militärischen Machtmitteln, so auch von den Unterseebooten denjenigen Gebrauch zu machen, der die Erringung eines, die Zukunft Deutschlands sichernden Friedens verbürgt und bei Verhandlungen mit auswärtigen Staaten die für die Seegeltung Deutschlands erforderliche Freiheit im Gebrauche dieser Waffe unter Beachtung der berechtigten Interessen der neutralen Staaten zu wahren.“

Der Berichterstatter, Abgeordneter Bassermann hat nunmehr seinen Bericht über die Verhandlungen fertiggestellt, und er gibt in diesem Bericht dem Antrage die folgende Deutung:

„Der Antrag enthält, was hervorgehoben werden soll, weder einen Ausdruck des Vertrauens noch des Mißtrauens gegenüber der Regierung; er schließt keine Kritik des bisherigen Verhaltens der Regierung in sich und will lediglich — abgelöst von einer solchen — die Auffassung des Reichstages zum Ausdruck bringen.

In dem Antrag liegt der Protest gegen die englische, auf die Aushungerung Deutschlands berechnete Kriegführung, die Feststellung, daß das Unterseeboot sich als eine wirksame Waffe gegen diese englische Kriegführung erwiesen hat. Ohne auf die Frage einzugehen, in welcher Form der Unterseebootkrieg geführt werden soll, ob uneingeschränkt oder eingeschränkt, gibt der Reichstag seiner Ueberzeugung Ausdruck, daß der Unterseebootkrieg genau so wie alle unsere militärischen Machtmittel, so benutzt werden soll daß sein Gebrauch die Erringung eines die Zukunft Deutschlands sichernden Friedens verbürgt.

In dem letzten Satze findet sich der Hinweis auf Verhandlungen mit auswärtigen Staaten — jetzt und in der Zukunft — und die Forderung, daß bei solchen die für die Seegeltung Deutschlands erforderliche Freiheit im Gebrauche der Unterseebootwaffe gewahrt werden muß.

Bei der Entwicklung der Unterseebootwaffe ist die Forderung von besonderer Wichtigkeit. Dabei ist eingefügt, daß die berechtigten Interessen der neutralen Staaten Beachtung finden sollen. Wenn auch die Wahrung berechtigter Interessen neutraler Staaten für die deutsche Politik etwas Selbstverständliches ist, so legte doch die Kommission Wert darauf, angesichts der vielfach vorhandenen, von England geschürten Erregung der Neutralen ausdrücklich auszusprechen, daß deren berechtigten Interessen ebenso selbstverständlich Rechnung getragen werden solle, wie wir unberechtigte Forderungen der Neutralen zurückgewiesen wissen wollen. Wenn — unter Zurückstellung weitergehender Forderungen — die Kommission zu diesem Beschluß kam, der mit allen gegen eine Stimme gefaßt wurde, so war der leitende Gedanke, dem Auslande und Inlande erneut den Beweis zu liefern, daß der Reichstag in diesem schweren Kriege um die Existenz Deutschlands die Einigkeit für ein so wichtiges Moment hält, daß hinter ihr Zweifel und weitergehende Wünsche zurücktreten müssen.“

Zur U-Boot-Frage.

Die „Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft“ hat für das Plenum folgenden Antrag eingebracht:

Der Reichstag wolle beschließen, an den Herrn Reichskanzler folgende Erklärung zu richten:

„Auch für den U-Boot-Krieg haben die Bestimmungen des Völkerrechts zu gelten. Insbesondere darf der rücksichtslose U-Boot-Krieg, also die warnungslose Torpedierung von Handels- und Passagierschiffen gegnerischer und neutraler Staaten unter keinen Umständen zur Anwendung gebracht werden.

Der Reichstag erwartet, daß der Reichskanzler schleunigst durch Einleitung von Friedensverhandlungen eine Verständigung unter den Völkern herbeizuführen sucht.“

Bundesratsverordnungen.

Amtlich. **Berlin**, 4. April. (W. T. B.) In seiner heutigen Sitzung hat der Bundesrat zwei Verordnungen beschlossen, die sich auf die Benutzung von Grundstücken städtischen Charakters zu landwirtschaftlichen und gärtnerischen Zwecken beziehen. Durch die eine wird die Möglichkeit gegeben, solche Grundstücke, die sich zur Bebauung mit Gemüsen und landwirtschaftlichen Produkten eignen, dieser Nutzung zuzuführen. In der anderen Verordnung wird bestimmt, daß Grundstücke in Gemeinden von mehr als 10 000 Einwohnern zur gärtnerischen Nutzung nur zu mäßigen, von der unteren Verwaltungsbehörde festzusetzenden Pachtpreisen verpachtet werden dürfen. Es soll dadurch einer spekulativen Ausnutzung durch die Besitzer Einhalt geboten werden. —

Des weiteren hat der Bundesrat eine Verordnung über Kaffee, Tee und Kakao erlassen, durch die die bisher schon bestehende Befugnis des Reichskanzlers, den Verkehr mit diesen Gegenständen zu regeln, dahin ausgedehnt wird, daß der Reichskanzler nunmehr auch Bestimmungen über den Verbrauch dieser Gegenstände treffen kann. Weiterhin kommen die betreffenden Bestimmungen nun auch für Kaffeezusatzmittel in Anwendung. Die entsprechenden Bestimmungen des Reichskanzlers sind schon für die nächste Zeit zu erwarten. —

Endlich hat der Bundesrat die Verordnung über die Einfuhr von Salzheringen vom 17. Januar 1916 dahin erweitert, daß der Reichskanzler neben der Möglichkeit, Bestimmungen über die Einfuhr zu treffen, nunmehr auch den Verkehr mit den eingeführten Salzheringen regeln darf und daß er weiterhin befugt ist, die betreffenden Vorschriften auch auf andere Fischarten auszudehnen. Die entsprechenden Ausführungsbestimmungen des Reichskanzlers, durch die die für Salzheringe bestehende Zentralisation verschärft wird, und durch die weiterhin die Einfuhr von Salz- und Klippfischen sowie von Fischrogen zentralisiert wird, werden ebenfalls alsbald erlassen.

Aufnahme der Kartoffelvorräte.

(Amtlich.) Zur Gewinnung einer Grundlage für die Anordnungen der Reichskartoffelstelle bei Durchführung der Speisekartoffelversorgung ist es erforderlich, eine Erhebung darüber anzustellen, welche Vorräte an Kartoffeln in Händen der Erzeuger sowie der Gemeinden, Händler und Verbraucher vorhanden sind. Der Bundesrat hat als Erhebungstermin den 26. April 1916 festgesetzt, ein Zeitpunkt, an dem die Mieten im wesentlichen geöffnet zu sein pflegen. Da die Trockenprodukte in gewissen Grenzen die Frischkartoffeln ersetzen, ist die Erhebung auch auf alle Kartoffeltrocknungserzeugnisse ausgedehnt.

Kartoffeln zu Schnaps.

Am 4. März hat der „Nachrichtendienst für Ernährungsfragen“ zur Frage der Kornlieferungen an die Brennereien Stellung genommen und erklärt, das zugewiesene Getreide werde wohl schon im wesentlichen verbraucht sein. Letztere Vermutung des „Nachrichtendienstes“ entstand durch irrtümliche Auffassung einer Mitteilung der Reichsgetreidestelle, daß die Zuteilung der 45000 Tonnen schon vor der Novemberbestandsaufnahme festgelegt sei. Kurz darauf verbreitete die Presse allgemein eine Notiz, der zufolge erst 8000 Tonnen abgeliefert seien. Auch diese Angabe war insofern unzutreffend, als es sich nach einer neuerlichen Mitteilung des „Nachrichtendienstes“ um eine Ablieferung von 12500 Tonnen handelt.

Eine Zentralstelle für Kaffee, Tee usw. ist, wie der Kriegsausschuß für Konsumenteninteressen berichten kann, im Entstehen begriffen. Im Interesse mäßiger Preise würde es liegen, wenn das neue Unternehmen unter eine öffentliche Kontrolle gebracht würde, bei der neben den Interessenten auch die Verbraucher mitwirken können.

Sicherheitshaft.

In militärische Sicherheitshaft genommen wurde, wie die „Deutsche Tageszeitung“ mitteilt, die Geschäftsführerin des Bundes „Neues Vaterland“, Fräulein Jannasch, aus der Tauentzienstraße 9. Dort wurden die Räume des Verlags des Bundes, der sich jetzt Jannasch-Verlag nennt, nach Schriften durchsucht. Das Ergebnis war, daß die Polizei Fräulein Jannasch in militärische Sicherheitshaft abführte. Die Verhaftete wurde auch bei dem früheren Vorgehen gegen den Bund „Neues Vaterland“ schon genannt, ohne daß sie in das eigentliche Strafverfahren verwickelt war. (z)

Aus der Partei.

Stellungnahme zur Fraktionsspaltung.

Der erweiterte Vorstand des Zentralwahlvereins für Teltow-Beeskow nahm in seiner Sitzung vom 3. April folgende Resolution mit acht gegen fünf Stimmen an.

Die Mitglieder des Zentralvorstandes und die Kreisfunktionäre von Teltow-Beeskow können sich mit dem Beschluß des Zentralvorstandes von Groß-Berlin vom 31. März 1916 nicht einverstanden erklären. Sie halten es für ihre unbedingte Pflicht, gerade jetzt für die Einheit und Geschlossenheit der Partei einzutreten, wenn diese nicht zur völligen Einflußlosigkeit herabsinken soll.

Die der Partei bevorstehenden schweren Kämpfe machen es jedem Genossen zur heiligsten Pflicht, jede Störung der Geschlossenheit unserer Organisation abwenden zu helfen.

Ueber die bestehenden strittigen Fragen hat für die Gesamtpartei der nächste Parteitag — für unseren Kreis jedoch die nächste Kreisgeneralversammlung zu entscheiden, die schleunigst einberufen werden wird, sobald es die bestehenden Verhältnisse gestatten werden.

Das Vorgehen der in der „Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft“ zusammengeschlossenen Reichstagsabgeordneten muß unbedingt die Spaltung der Partei nach sich ziehen, und jedes Verdunkeln dieser logischen Folge ist im Interesse der Partei zu bekämpfen.

•

Eine im Herzogtum Gotha tagende Konferenz von Vertretern der Partei aus dem ganzen Wahlkreis Gotha nahm Stellung zur Spaltung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion und der Haltung ihres Vertreters, des Genossen Bock. Die Konferenz gab ihrer Freude über die Haltung der Fraktionsminderheit einstimmig Ausdruck und versprach, Mann für Mann hinter ihrem Vertreter zu stehen. Sie erklärte, daß ihr die Grundsätze des Sozialismus höher stehen, als die äußere Organisationsform. Die Konferenz spricht trotzdem die Hoffnung aus, daß der Fraktionsspaltung keine Parteispaltung folgt, da sie die Erwartung hegt, daß die historischen und wirtschaftlichen Interessen des klassenbewußten Proletariats die Partei zu einer geschlossenen Einheit zusammenschweißen. Es wird der Minderheit der Dank dafür ausgesprochen, daß sie endlich der Stimme des Sozialismus Gehör verschafft hat.

Weiter wurde noch folgender Beschluß gefaßt:

Die Konferenz protestiert ferner ganz entschieden gegen die einseitige Verwendung der Parteigelder im Interesse der Politik des 4. August 1914, welche allen Grundsätzen des Sozialismus und der Parteitagsbeschlüsse zuwiderläuft. Sie kann nicht billigen, daß die Mittel, welche von der Gesamtpartei aufgebracht werden, nur im Interesse einseitiger Stellungnahme verwendet werden.

•

Am Sonntag wurde in Dresden eine Bezirkskonferenz abgehalten, in der 143 Parteimitglieder — die Vorstände der neun Wahlkreise, der Bezirksvorstand, der Landesvorstand, fünf Reichstagsabgeordnete und einige Vertreter der Parteipresse — anwesend waren. An den Bericht des Genossen Fleißner über die Sitzung des Parteiausschusses knüpfte sich eine lebhafte fünfstündige Debatte.

Eine Resolution des Genossen Fleißner wurde mit 67 gegen 59 Stimmen abgelehnt.

Dagegen nachstehende Resolution des Genossen Bethke-Freiberg mit 70 gegen 34 Stimmen angenommen:

„Die Bezirksversammlung bedauert die Fraktionsspaltung sowohl im Interesse der Einheit und Geschlossenheit der Partei als auch der Organisation. Sie verpflichtet sich, alles daran zu setzen, die Organisation von jeder Spaltung fernzuhalten.“

Aus Groß-Berlin.

Geburten Groß-Berlins in 1915.

Die Geburtenzahl des Jahres 1915 wurde für Berlin im „Vorwärts“ bereits mitgeteilt. Verhältnismäßig noch stärker als in Berlin ist die Minderung der Geburten in manchen Vororten. Zur Vergleichung zwischen 1914 und 1915 können wir einstweilen nur die Ergebnisse einer Zusammenstellung benutzen, die wir uns für beide Jahre aus den Monatsberichten der Veröffentlichungen des kaiserl. Gesundheitsamtes gemacht haben. Die so errechneten Geburtenzahlen werden nicht ganz vollständig sein, doch ist anzunehmen, daß durch die wenigen nachträglichen Meldungen an dem Gesamtbild nichts Wesentliches geändert wird. In der unten folgenden Betrachtung geben wir auch für Berlin die aus den Veröffentlichungen des Gesundheitsamtes gewonnenen Zahlen, die von denen des Statistischen Amtes der Stadt etwas abweichen. Von den Vororten wollen wir nur die größeren der nächsten Umgebung berücksichtigen. Gemeldet wurden als Geborene — die Lebend- und die Totgeborenen zusammen — für 1915 (bezw. für 1914): in Berlin 31 993 (38 755), in Charlottenburg 4603 (5710), in Wilmersdorf 1243 (1635), in Schöneberg 2050 (2363), in Tempelhof 454 (582), in Neukölln 4052 (5346), in Treptow 378 (523), in Lichtenberg 2308 (2957), in Weißensee 775 (1026), in Pankow 833 (1073), in Niederschönhausen 257 (324), in Reinickendorf 659 (849), in Tegel 297 (364), in Berlin samt diesen 12 Vororten zusammen 49 902 (61 507). Der Rückgang im Jahre 1915 stellt sich für das ganze Gebiet auf 11 605, das sind fast 19 Proz. des

Ergebnisses von 1914. Er beträgt für Berlin nur 17½ Proz., für Schöneberg sogar nur 13¼ Proz., dagegen z. B. für Charlottenburg 19½ Proz., für Wilmersdorf 24 Proz., für Neukölln 24¼ Proz., für Lichtenberg 22 Proz., für Weißensee 24½ Proz. usw. Zu dem Rückgang haben die vier Monate Januar bis April nur sehr wenig, die acht Monate Mai bis Dezember weitaus das meiste beigetragen. In dem ganzen Gebiet von Berlin samt 12 Vororten stellte sich die Geburtenminderung für die vier Monate bis April auf nur 1008, aber für die acht Monate von Mai ab auf 10 597. Der Ausfall für Berlin allein betrug im ersten Jahresdrittel 452, in dem zweiten und dem dritten dagegen 6310. Fast gar keinen Geburtenrückgang hatten im ersten Drittel z. B. die Orte Charlottenburg, Wilmersdorf, Tempelhof, so daß hier fast der gesamte Verlust auf die beiden anderen Drittel des Jahres entfiel. Schöneberg hatte im ersten Drittel von 1915 gegenüber demselben Zeitraum des vorhergehenden Jahres sogar eine Geburtenzunahme, die dann gegenüber dem mit Mai auch hier einsetzenden Rückgang sich aufrechnete und so den Gesamtverlust milderte. Beschränkt man die Vergleichung zwischen 1914 und 1915 auf die Zeit von Mai bis Dezember, so zeigt sich für sie in den meisten Orten ein noch sehr viel stärkerer Rückgang als bei Zusammenfassung der ganzen Kalenderjahre. Der Rückgang stellt sich dann in dem hier berücksichtigten Gebiet von Berlin und zwölf Vororten, für das die Vergleichung der ganzen Kalenderjahre nur 19 Proz. als Rückgang ergab, auf 26¼ Proz. Aehnlich und zum Teil noch bedeutender erhöht sich die Rückgangsziffer in den Einzelgemeinden, zum Beispiel in Berlin von 17½ Proz. auf 24¾ Proz., in Charlottenburg von 19½ Proz. auf 29¼ Proz., in Schöneberg von 13¼ Proz. auf 25 Proz., in Neukölln von 24¼ Proz. auf 30 Proz., in Lichtenberg von 22 Proz. auf 27 Proz., in Weißensee von 24½ Proz. auf 31½ Proz. usw.

An Unterstützungen für Kriegerfamilien sind seitens der Stadt Berlin im März mehr als 10 Millionen Mark ausgezahlt worden; hiervon an Mietbeihilfen — abgesehen von solchen an Mieter in städtischen Grundstücken — mehr als 1,9 Millionen Mark.

Insgesamt sind bisher an Barunterstützungen lediglich an Familien von Kriegsteilnehmern 118,5 Millionen Mark gewährt worden.

Einbruch in eine Bürgerküche.

Gestern früh zwischen 4 und 5 Uhr wurde in der Bürgerküche, Müllerstr. 7a, ein Einbruchsdiebstahl verübt, wobei dem Täter Lebensmittel aller Art in die Hände fielen. Der Einbrecher konnte durch die Aufmerksamkeit des Straßenreinigers Paul Müller, welcher einen Schutzmann auf den Täter aufmerksam gemacht hatte, festgenommen und nach der Polizeiwache in der Lynarstraße gebracht werden. Hier wurden ihm verschiedene Dietriche und anderes Einbrecherwerkzeug abgenommen. Auch die gestohlenen Sachen wurden dem Besitzer wieder zugestellt.

Wieder eine unzuverlässige Händlerin.

Auf Grund der Bundesratsverordnung vom 23. September 1915 hat der Polizeipräsident von Berlin der Frau Martha Knocke geb. Kappler, hier, Turmstr. 63, den Handel mit Nahrungsmitteln wegen Unzuverlässigkeit in bezug auf diesen Handelsbetrieb untersagt.

Ein schwerer Diebstahl in des Wortes wahrster Bedeutung ist in dem Hüttenwerk Niederschöneweide verübt worden. Dort wurde eine Kupferplatte im Gewicht von dreieinhalb Zentnern gestohlen. Soldaten fanden in der Königsheide in der Nähe der Kriegerbrücke eine große Kupferplatte und nicht weit davon lagerten zwei junge Leute, die einen Handwagen bei sich führten. Die Soldaten schöpften sofort Verdacht, daß es sich um einen Diebstahl handelte und stellten die beiden Burschen. Während der eine flüchtete und auch entkam, konnte der andere festgehalten werden. Er wurde als der zwanzigjährige „Gelegenheitsarbeiter" Martin Pfau aus Berlin festgestellt und dem Amtsgericht Köpenick zugeführt. Die beiden Burschen hatten die Kupferplatte, die einen bedeutenden Wert hat, aus dem Hüttenwerk Niederschöneweide gestohlen und sie auf einem Wagen fortgeschafft, zu welchem Zwecke sie aus dem das Fabrikgrundstück umgebenden Zaun an der Spreestraße ein Feld herausgebrochen hatten.

Die nächsten Volkskonzerte des Philharmonischen Orchesters finden am Freitag, den 14. April 1916, in den Germania-Prachtsälen, Chausseestraße 110, am Sonnabend, den 22. April, im Stadt-Theater in Moabit, Alt-Moabit 47/48, und am Donnerstag, den 27. April, in den Germania-Prachtsälen statt. Beginn der Konzerte 8 Uhr.

Der Vorverkauf zu den Volkskonzerten findet statt in der Zentralstelle für Volkswohlfahrt, Augsburger Straße 61, in der Berliner Gewerkschaftskommission, Engelufer 15, Zimmer 13, außer Sonnabends nachmittags, und in den betreffenden Konzertsälen. Die im Vorverkauf nicht untergebrachten Karten werden abends an der Kasse verkauft. Der Eintrittspreis beträgt 30 Pf., Kasseneröffnung 7 Uhr.

In einem Wassergraben ertrunken. Ein bedauerlicher Unglücksfall, bei dem ein Kind den Tod fand und die Mutter in Lebensgefahr geriet, hat sich gestern in der Laubenkolonie „Scherbelberg" in Köpenick ereignet. Dort besitzt der Arbeiter Konschal, der jetzt im Felde steht, ein Laubengelände, das von der Frau bewirtschaftet wird. Als dort der dreijährige Sohn der Frau K. spielte, wagte sich der Kleine zu dicht an einen zurzeit hoch mit übelriechenden Abwässern angefüllten Graben, den sogenannten Vollkropfgraben, und stürzte, als er sich über das Ufer beugte, kopfüber hinein. Die Mutter, die den Vorgang bemerkt hatte, eilte sofort zur Hilfe und sprang dem Kinde nach. Sie geriet aber selbst in dem hochstehenden Wasser in größte Gefahr unterzugehen und wäre zweifellos ertrunken, wenn nicht in diesem Augenblick zwei Laubenkolonisten hinzugekommen wären, denen es gelang, die Frau zu retten. Das Kind konnte leider nur noch als Leiche geborgen werden.

Ein fetter Diebstahl. Der Fuhrmann Henschke in Hangelsberg hatte einen erheblichen Vorrat an Speck, Wurst und Schinken im Keller, der etwa sechs Zentner ausmachte. Hiervon müssen wohl Einbrecher Kenntnis erhalten haben, denen die „fette" Beute es angetan hat. Sie erbrachen den Keller und stahlen den gesamten Vorrat, den sie offenbar auf einem Wagen weggeschafft haben. Bisher konnten die Täter noch nicht ermittelt werden.

Im Wintergarten brachte das Aprilprogramm Gilberts (oder heißt er jetzt wieder Winterfeldt?) für Berlin neue Operette „Arizonda". Sie nennt sich eine Varieté-Operette, unterscheidet sich aber von den üblichen Schmacht-, Tanz- und Ausstattungsoperetten nur durch einen Stich ins Parodistische. Der Textverfasser Felix Dörmann verulkt nicht übel gewisse Seiten des Theater- und Varietébetriebs. Wie es auf dem Brettl zugeht, wie der Stern Arizonda mit den Mitteln der Reklame „gemacht" wird, ist ganz unterhaltlich und witzig ausgeführt. Aber die Hauptsache sind natürlich wie immer die einschmeichelnden Melodien, ein paar nette Tänze und recht viel junge Mädchen, die in farbigen Gewändern tanzen und singen. Daran fehlt's nicht; der Komponist des „Puppchen" hat sogar ganz gute musikalische Arbeit geliefert. Aber es bleibt eben die Operette, die wir überwinden möchten. Mit ausgelassenem Temperament gab Lotte Werkmeister den Stern; anmutig und musikalisch tadellos setzte sich Else Berna als Gräfin ein. Als Brettkönig war Paul Biensfeldt verschrieben, der in der Tat Ergötzlich-Groteskes beitrug. — Umrahmt wurde die Operette von den üblichen Varieténummern. Eine Dauerquasselstrippe (M. Kettner) verzapfte jüdischen Berliner Humor, Ernst Perzina führte seine Papageien als Sprach- und Gesangskünstler vor und die Schwestern Wiesenthal tanzten die lustigste Straußpolka und erblühten wie große weiße exotische Blumen im Walzer.

Im Apollo-Theater feiert jetzt der Münchener Humorist Hans Hauser Triumphe. Egos' Dackelspiele sind amüsant und unterhaltend. Erstklassige Equilibristen sind Sylvester Kremo und Albert sowie die Nessems. Barnes und King sind Zauberer, die jedem Trick eine humoristische Enthüllung darüber folgen lassen, wie es gemacht wird. Das Operettenpferd „Puppchen", das seit einiger Zeit in der Manege des Zirkus Busch vermißt wird, hat sich auf der Bühne des „Apollo" eingefunden. Das „Radrennen" auf den Trainerapparaten dauert noch fort. Irgend einen sportlichen Wert hat dieses Treten auf der Stelle nicht. Ein Wett-Kaffeemahlen wäre ebenso sportlich und weit amüsanter.

Die Direktion des Bernhard Rose-Theaters wartete ihrem Publikum am Sonnabend mit dem Lustspiel „Die goldne Eva" von Franz v. Schönthan und Franz Koppel-Ellfeld auf. Das im 16. Jahrhundert spielende, zwar harmlose, aber doch recht witzige Verspiel des Dichterpaares hatte auch bei der Neueinstudierung einen recht lebhaften Erfolg. Ganz vorzüglich unterstützt wurden die Verfasser durch das prächtige Spiel Margarete Meyers in der Titelrolle. Weniger erbaut waren wir von ihrem Partner, dem als Gast auftretenden Alwin Reuß. Abgesehen von einer starken Heiserkeit, die störend wirkte, hat er sich auch als erfolgreicher Kinoschauspieler allerlei mimische Uebertreibungen angewöhnt. „Seine Oogen rollten wie een Rollwagen", würde der Berliner sagen. Lobende Erwähnung verdienen noch Rosa Schäffel als Wirtschafterin Barbara, der drollige Lehrjunge der Emmi Dittmar und August Wenzel als ewig durstiger Ritter Schwetzingen. Die Inszenierung ließ nichts zu wünschen übrig, nur wäre es angebracht, die überflüssig langen Zwischenpausen zu kürzen.

In der Badewanne vergiftet hat sich der 45 Jahre alte Former Hermann Kroh aus der Genter Str. 81. Der Mann stand in der Nacht zum Dienstag heimlich auf und begab sich, ohne daß seine Angehörigen etwas merkten, in die Badestube. Nachdem er dann den Verschluß der Gasleitung abgeschraubt hatte, machte er sich in der Badewanne ein Lager zurecht und legte sich hin, um den Tod zu erwarten. Als die Angehörigen, die ihn frühmorgens vermißten, ihn auffanden, war er schon tot.

Aus der Spree gelandet wurde gestern vormittag vor dem Hause Friedrich-Karl-Ufer 5 die Leiche eines 30—40 Jahre alten Mannes. Der Tote ist 1,70—1,75 Meter groß und etwas korpulent, hat dunkles Haar und Schnurrbart und trug einen blauen Jackettanzug, einen Ulster gleicher Farbe und schwarze Zugstiefel. Bei ihm fand man ein Sparkassenbuch auf den Namen eines Bäckers Valentin Itzikowski und einen Reparaturzettel eines Spandauer Juweliers.

Kleine Nachrichten. Mit den Mieten verschwunden ist der 50 Jahre alte Pförtner Otto Meyer aus der Courbièrestr. 11. Meyer zog in den letzten Tagen von den Mietern des Hauses ungefähr 1300 M. ein, lieferte das Geld aber nicht ab. — Aus dem Teltowkanal gelandet wurde die Leiche einer etwa 30 Jahre alten Frau, die wohl schon sechs Wochen im Wasser gelegen hat. Die Tote ist mittelgroß und trug einen langen braunen Ulster, einen dunklen Rock, schwarze Halbschuhe und Strümpfe, eine Schnur mit Glasperlen und zwei Ringe, einen ohne Stein, am kleinen Finger, aus dem ein Stein augenscheinlich herausgefallen ist. — Andauernde Krankheit hat den 66 Jahre alten Arbeiter Gustav Ribbe aus der Putbuser Str. 33 zum Selbstmord veranlaßt. Er erhängte sich auf dem Hausboden und hinterließ einen Zettel, auf dem er seiner Frau die Veranlassung zu seinem Schritte mitteilte.

Aus den Gemeinden.

Erhöhung der Teuerungszulagen in Schöneberg.

Der von der sozialdemokratischen Fraktion eingebrachte Antrag auf Erhöhung der Teuerungszulagen wurde in der Sitzung am Montag vom Genossen Küter dahin begründet, daß seit Kriegsbeginn, von Woche zu Woche die Preise der Lebensmittel eine fortwährende Steigerung erfahren hätten. Vorläufig sei auch an ein Nachlassen derselben noch nicht zu denken. Die Teuerung sei Normalzustand geworden, unter dem die Arbeiter, besonders die niedrig bezahlten am schwersten zu leiden hätten. Seit Januar dieses Jahres seien Fleisch, Fett, Kartoffeln wiederum enorm im Preise gestiegen. Außerdem müßten für Schuhwerk, Kleidung, Wäsche, Seife ebenfalls sehr hohe Aufwendungen gemacht werden, so daß die bereits zweimal bewilligten Teuerungszulagen bei weitem nicht mehr ausreichen. Da die Anfangslöhne der Arbeiter und Handwerker 25—30 M. pro Woche betragen, so sind diese Arbeiter nicht mehr in der Lage, den Lebensunterhalt für ihre Familien zu verdienen. Ein derartiger Uebelstand müsse so schnell als möglich beseitigt werden. Die sozialdemokratische Fraktion empfehle daher die bereits gewährten Teuerungszulagen in der Weise zu erhöhen, daß bis einem Wochenlohn von 30 M. 4 M. Zulage, bei einem Monatsgehalt bis 120 M. monatlich 16 M.; bei einem Wochenlohn von über 30 M. 3 M. und bei einem Monatslohn über 120 M. 12 M. monatlich gewährt werden. Die Berechnung hat für 6 Arbeitstage zu erfolgen, ohne die bis jetzt gewährten Teuerungszulagen und etwaige Ueberstunden in Anrechnung zu bringen.

Die Reinigungsfrauen in den Schulen und im Rathaus erhalten zu ihrer bisherigen Lohnerhöhung 5 Pfennig Zuschlag pro Stunde.

Den in Naturalverpflegung des Auguste-Viktoria-Krankenhauses stehenden Personen wird gleichfalls die Teuerungszulage gewährt. Sie erhalten die Sätze wie sie der Magistrat für Ledige und Verwitwete ohne eigenen Hausstand vorsieht.

Genosse Küter ersuchte, die Anträge einstimmig anzunehmen. Der Liberalen Fraktion schien dieser Antrag unangenehm, denn ihr Redner Vester erklärte, seine Fraktion wäre im Prinzip dafür, müsse aber den Antrag ablehnen, da der finanzielle Effekt sich noch nicht übersehen lasse. — Bürgermeister Blankenstein meint, der Antrag käme etwas zu spät, denn die Magistratsvertreter Groß-Berlins hätten bereits gemeinsam zu der Sache Stellung genommen. In nächster Zeit dürfte eine derartige Vorlage unterbreitet werden. Der Antrag sei daher gegenstandslos geworden. Genosse Küter erklärte sich darauf damit einverstanden, die Anträge dem Magistrat als Material bezw. zur Berücksichtigung zu überweisen. — Die Genossen Bernstein und Bäumler ersuchten, für die Anträge zu stimmen, die nach der Erklärung des Bürgermeisters als Material wohl entgegengenommen werden könnten.

Bei der Abstimmung stimmten für den Antrag die sozialdemokratische, die Freie Fraktion und nur ein Teil der Liberalen Fraktion, die Anträge waren somit angenommen.

Bei der Wahl eines Stadtsyndikus wurde Assessor Rechtsanwalt Dr. Lohmeyer mit großer Majorität gewählt.

Bekanntgegeben wurde, daß die neue Gewerbesteuer für die Großbetriebe, der Hochbahn, der Straßenbahn, dem Elektrizitätswerk, der Gasanstalt und dem Wasserwerk, von den oberen Instanzen genehmigt worden sei. Der Ertrag dieser Steuer wird auf 1 200 000 M. geschätzt.

In der anschließenden geheimen Sitzung wurde beschlossen, eine Beratungs- und Fürsorgestelle für Geschlechtskranke einzurichten.

Neuköllner Aufwendungen für Kriegsfürsorge.

Für die durch den Krieg bedingten Aufwendungen einschließlich Kosten der Wohlfahrtspflege hat die Stadt Neukölln bisher insgesamt 25 Millionen Mark verausgabt. Nicht inbegriffen sind hierbei die Ausgaben für das infolge der Einziehungen notwendig gewordene Hilfspersonal, das für die einberufenen Beamten, denen gleichwohl das Gehalt weiter gezahlt werden mußte, angenommen ist.

Verkauf von Erbsen und kondensierter Milch in Pankow.

Die Lebensmittelabteilung der Gemeinde gibt bekannt, daß in der Zeit vom 4. bis 15. April Erbsen zum Verkauf gelangen. Auf jede Lebensmittelkarte wird ein halbes Pfund in den durch Anschläge kenntlich gemachten Geschäften verabfolgt. Der Preis ist für Minderbemittelte auf 40 Pf., für die übrige Bevölkerung auf 60 Pf. für das Pfund festgesetzt. Als minderbemittelt gelten diejenigen, die mit einem Einkommen von nicht mehr als 3000 M. veranlagt sind. Soweit die Käufer nicht ohne weiteres als minderbemittelt erkennbar sind, gelten als Ausweise die Zusatzbrotkarte, für Angehörige von Kriegsteilnehmern der Kriegsausweis und ähnliche amtliche Bescheinigungen (z. B. Steuerzettel). — Ferner kann vom 3. bis 16. April auf den Abschnitt 6 der Berechtigungskarte eine Büchse kondensierte Milch in den kenntlich gemachten Geschäften entnommen werden.

Soziales.

Lehrling oder Arbeitsbursche?

Ein junger Mann war als Werkzeugmacherlehrling in einer Fabrik angenommen. Aus Nachlässigkeit war der Abschluß eines schriftlichen Lehrvertrages unterblieben. Nach eineinhalbjähriger Dauer des Verhältnisses ging der Lehrling ab. Weil kein schriftlicher Vertrag vorlag, konnte ihm das nicht verwehrt werden. Der Arbeitgeber trug in das Arbeitsbuch des Lehrlings den Vermerk ein, daß derselbe als Arbeitsbursche beschäftigt war. Durch Klage bei der Kammer 5 des Gewerbegerichts verlangte der Lehrling, daß ihm bescheinigt werde, er sei beim Beklagten Werkzeugmacherlehrling gewesen. Der Beklagte meinte, das könne er nicht bescheinigen, denn weil kein schriftlicher Vertrag abgeschlossen war, habe ja kein gültiges Lehrverhältnis bestanden. — Das Gericht gab dem Antrage des Klägers statt mit der Begründung: Allerdings lag, weil es an einem schriftlichen Vertrage fehlte, ein ungültiges Lehrverhältnis vor, und der Lehrherr hat sich dadurch sogar strafbar gemacht. Aber das Verhältnis war doch ein Lehrverhältnis und der Kläger war nicht Arbeitsbursche. Er hat ja auch nur das für Lehrlinge übliche Kostgeld von 4 M. wöchentlich bekommen. Wäre die Ansicht des Beklagten zutreffend, dann würde der Kläger auf Zahlung des wesentlich höheren Lohnes für Arbeitsburschen klagen können. Aus diesen Gründen ist dem Kläger zu bescheinigen, daß er als Werkzeugmacherlehrling beschäftigt war.

Gerichtszeitung.

Untreue.

Seine Stellung beim Magistrat von Schöneberg, die er im August v. J. erhielt, hat der Bureauhilfsarbeiter Erich Stryjewski in arger Weise mißbraucht.

Er wurde als Gerichtsschreiber beim Kaufmanns- und Gewerbegericht beschäftigt. In dieser amtlichen Eigenschaft bestellte er fortgesetzt angeblich im Auftrage des Magistrats bei Buchhandlungen wertvolle juristische Werke, die er nach Empfang teils für sich behielt, teils verkaufte oder versetzte. Das ist in etwa acht Fällen geschehen und sind die Buchhandlungen dadurch um gegen 800 M. geschädigt worden. Als er einmal ein solches Werk versetzte, gelangte er mit dem Pfandschein in den Besitz eines Blankoformulars. Dies füllte er derart aus, daß darauf eine Schreibmaschine versetzt erschien. Diesen „Pfandschein" verkaufte er dann für 25 M. Auch aus der Magistratsbibliothek entnahm er Bücher und versetzte sie kurzerhand. Auch Abonnementsgelder für Zeitschriften, die andere Beamte bestellt hatten, zog er von diesen aus Gefälligkeit ein, führte die erhaltenen Gelder jedoch nicht ab, sondern behielt und verwendete sie für sich. Wegen fortgesetzten Betruges, Urkundenfälschung und Unterschlagung war Stryjewski, der wegen Betruges bereits mehrfach vorbestraft ist, nunmehr vor der 3. Strafkammer des Landgerichts II angeklagt. Hier war er in vollem Maße geständig. Das Gericht erachtete diesmal eine strengere Bestrafung für geboten und erkannte gegen den Angeklagten, dem Antrage des Staatsanwalts entsprechend, auf ein Jahr und drei Monate Gefängnis.

Kindermißhandlung.

Die Leiden eines unehelichen Kindes, wie sie so häufig die Gerichte beschäftigt haben, kamen in einer Verhandlung vor dem Schöffengericht Berlin-Tempelhof zur Erörterung, vor dem die Frau Klement aus Tempelhof angeklagt war.

Die Angeklagte, die sich im vergangenen Jahre verheiratet hat, ist Mutter eines jetzt acht Jahre alten vorehelichen Knaben. Dieses Kind, das sich solange in Pflege befand, nahm sie im Herbst v. J. zu sich, sorgte aber in keineswegs mütterlicher Weise für den Jungen. Während sie tags über gleich ihrem Manne auf Arbeit ging, band sie ihn in der Küche an die Wasserleitung fest, ihn seinem Schicksale überlassend. Als im Februar d. J. die Wasserleitung repariert werden mußte, nahm sie ihn in die Stube, band ihn an das Sofa fest, ließ ihm drei trockene Brotschnitte als Nahrung zurück, verschloß die Stubentür und entfernte sich dann. Der Klempnermeister, der die Wasserleitung herrichtete, hörte das Wimmern des Knaben. Da er die Stube verschlossen fand, holte er einen Polizeibeamten herbei. Doch auch dieser vermochte die verschlossene Tür nicht zu öffnen und mußte die Nachhausekunft der Angeklagten abwarten. Dann fand er den Jungen in der vollständig kalten Stube in der gedachten Lage, die Füße mit Eiterbeulen bedeckt. Auch sonst soll die unnatürliche Mutter den Jungen recht lieblos behandelt und ihn oft mit Werkzeugen aller Art mißhandelt haben. Ihre Behauptung, daß der Junge sehr ungezogen sei und sie deshalb zu der ihr zur Last gelegten Behandlung genötigt gewesen sei, vermochte in der Verhandlung nicht widerlegt zu werden. Nach ärztlichem Gutachten sollen die Eiterbeulen an den Füßen des Knaben von Frostbeulen herstammen, die allerdings vernachlässigt worden sind. Das Gericht gelangte zur Ueberzeugung, daß die Angeklagte sich der Körperverletzung schuldig gemacht habe und verurteilte sie zu 2 Monaten Gefängnis.

Aus aller Welt.

Der bestohlene Hamster.

Aus dem Harz wird der „Kieler Zeitung" berichtet: Es ist immer die alte Geschichte: Die Theorie ist meist grau und die Praxis wird dann . . . schamrot! War da in einem unserer Harzstädtchen ein Mann, der bei Tag und Nacht wider die „Hamster" zu Felde zog, die in Einfalt und Verblendung jene Schätze sammeln, die zwar nicht Wetter und Rost fressen, die aber dessen ungeachtet, in dieser Zeit der Lebensgenußverkartung ein Uebel und ein Frevel sind. Wo dem Publikum Mäßigung in Dauerwurst-, Hülsenfrucht- und Schmalzproblemen gepredigt ward, stand Herr X. sicherlich als erster und letzter am Rednerpult, und wenn in den Zeitungen wieder einmal ein „Eingesandt" erschien, war zweifellos Herr X. der Urheber. Und er war stolz darauf und freute sich der prangenden Saat, die er im Schweiße des Angesichts gestreut. Aber es kann der Beste nicht in Frieden leben . . .: Es begab sich, daß in einer dunklen Nacht Diebe dem Heim des im Feldzuge wider die „Hamster" mit Lorbeer umkränzten Herrn einen Besuch abstatteten und auf diesem Streifzuge durch Räucher-, Speise- und Vorratskammern mancherlei Beute machten. Ein paar Tage darauf las man nämlich im Polizeibericht, daß „bei einem Einbruch in die Wohnung des Herrn X. den Dieben ein halbes Dutzend Schinken, stattliche Mengen von Fleischdauerwaren und andere, jedem Sterblichen jetzt doppelt köstlich dünkende Dinge in die Hände gefallen seien, während die Unmenschen den Rest des Dutzends Schinken, zu dessen Transport offenbar die Kräfte nicht ausgereicht, mit

Petroleum übergossen und auf diese Weise ungenießbar gemacht hätten.

*

Gegen das „Einhamstern". Mit Rücksicht darauf, daß in den letzten Tagen von Begüterten vor der zu erwartenden Einführung der Fleischkarte große Mengen an Dauerfleisch und Dauerwurstware aufgekauft wurden und die minderbemittelten Kreise das Nachsehen haben, ist jetzt von den bayerischen Generalkommandos angeordnet worden, daß bis auf weiteres die Abgabe von Dauerfleischwaren und Dauerwürsten an Verbraucher nur noch im Aufschnitt gestattet ist. Dadurch wird allerdings auch die Versendung derartiger Waren an Angehörige im Feld unmöglich gemacht. Die Abgabe von Dosenfleischkonserven an Verbraucher ist bis auf weiteres überhaupt verboten.

Eine vielsagende Warnung erläßt der Bürgermeister von Wesseling bei Bonn: Da man an zuständiger Stelle befürchtet, daß Spinat umgepflügt wird, mache ich darauf aufmerksam, daß eine solche Vernichtung von Lebensmitteln mit allem Nachdruck verhindert wird. Die Polizeibeamten sind angewiesen, gegebenenfalls Anzeige zu erstatten. — Bekanntlich ist es vorgekommen, daß Gemüsebauern in manchen Gegenden große Flächen mit noch nicht abgeerntetem Gemüse einfach niederpflügten, weil ihnen die auf dem Markte erzielten Preise nicht genügten.

Eine Kaserne in Petersburg niedergebrannt. Dem „Berliner Tageblatt" wird aus Stockholm telegraphiert: Die Nikolaiewer Kaserne in Petersburg ist abgebrannt. Einige Soldaten sind verbrannt, viele erlitten schwere Brandwunden.

Parteiveranstaltungen.

Karlshorst. Der gemeinsame Zahlabend findet nicht heute, sondern Mittwoch, den **12.**, statt.

Briefkasten der Redaktion.

R. 31. Mit dem Zahnersatz wird sich der Betreffende bis zur angegebenen Zeit gedulden müssen; er könnte beim Arzt nachsuchen, bis dahin vom Dienst befreit zu werden. — **R. H. 24.** 1. Wenn Ihnen die Rente zu niedrig bemessen erscheint, müssen Sie fristgerecht Einspruch dagegen erheben. 2. und 3. Nein. 4. Landsturmpflichtig; hergleidend. — — **H. K. 100.** 1. Ja. 2. Eine bestimmte Zeit ist dafür nicht angegeben, es muß die tatsächlich versäumte Zeit bezahlt werden. 3. Ja. 4. Nein, Sie müßten gegen die Frau Anzeige bei der Polizei erstatten. 5. Die Anklage erhebt die Staatsanwaltschaft. 6. Nein, die Kartoffelkarte ist nicht übertragbar. — **R. R. 100.** Wenn Sie sich nach dem Inkrafttreten des Gesetzes vom 4. September 1915 bei der Polizeibehörde nicht gemeldet haben, müssen Sie das jetzt tun. — **Moabit W. 10.** 1. Ja. 2. Nein, Sie werden aber dann jedenfalls zu Ihrem Nachteil zur Steuer veranlagt werden. — **K. L. 13.** 1. Ja, Sie können die niedrigste Klasse kleben. 2. Ja, Sie brauchen innerhalb zwei Jahren nur 20 Wochenbeiträge zu kleben. 3. Sie halten dadurch Ihre Anwartschaft auf Invalidenrente aufrecht. — **K. J. 80.** Ja. — **B. W. 36.** Ohne weiteres können Sie den Lehrvertrag nicht lösen, Sie müßten beim Innungs- oder Gewerbegericht Klage auf Lösung des Vertrages erheben. — **G. K. 55.** Das wissen wir nicht, erkundigen Sie sich bei der Reichsbank. — **B. A. 100.** Fragen Sie beim Bezirkskommando nach. —

Wetteraussichten für das mittlere Norddeutschland bis Donnerstag mittag. Zunächst vielfach wolkig, geringe Abkühlung und, besonders im östlichen Küstengebiete, vereinzelte Gewitter. Später wieder Aufheiterung und neue Erwärmung.

Sozialdemokratischer Wahlverein f. d. 4. Berliner Reichstagswahlkr.
Stralauer Viertel. Bez. 319 I.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Kutscher
Paul Thiele
Memeler Str. 57
gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Mittwoch, nachmittags 3½ Uhr, von der Halle des Markus-Kirchhofes in Wilhelmsberg aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Allgemeine Ortskrankenkasse für Berlin-Wilmersdorf.
Auf Antrag an das Versicherungsamt Berlin-Wilmersdorf ist von diesem genehmigt worden, daß die satzungsgemäßen Mehrleistungen mit Ausnahme des § 20 Absatz 3 (Ausdehnung der Unterstützung bis zur 39. Woche) und § 25 Absatz I (Genesungsheimsfürsorge) mit Wirkung vom 1. April 1916 wieder in Kraft treten. 267/11
Der Vorstand.
Krause, 1. Vorsitzender. Wieser, 1. Schriftführer.

Verein der Berl. Buchdrucker u. Schriftgießer
Donnerstag, den 6. April, abends 8½ Uhr,
im Gewerkschaftshause, Engelufer 14/15:
Vertrauensmänner-Versammlung.
Die Vertrauensleute und Druckereikassierer sind zu dieser Versammlung besonders eingeladen. 27/6
Um vollzähliges und pünktliches Erscheinen ersucht
Der Gauvorstand.

Wichtig für Herren!
Während des Krieges
gibt Erste Herrenkleiderfabrik
Anzüge, Paletots, Ulster fertig und nach Maß
im Einzelverkauf
vom grossen Fabriklager ab.
Verkaufszeit 10—6. Sonnabends 10—8. Sonntags 12—2.
Molkenmarkt 7/8 IV. Fahrstuhl.

Deutscher Holzarbeiter-Verband
Verwaltung Berlin.
Tel.-Amt Moritzplatz 10623, 3578. Bureau: Rungestraße 30.
General-Versammlung
Freitag, den 7. April,
abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engelufer 15.
Tagesordnung:
Fortsetzung der Tagesordnung der Generalversammlung vom 24. März.

Vertrauensmänner-Versammlung
Bautischler aller Bezirke I., II., III., IV., Neukölln, Charlottenburg.
Mittwoch, den 5. April, abends 8 Uhr, bei Boeker, Weberstr. 17.
Tagesordnung: 1. Bericht der Obleute. 2. Branchenangelegenheiten.

Einsetzer-Bezirkssitzungen
Sonntag, den 9. April, vormittags 10 Uhr, in folgenden Lokalen:
Bezirk 1: Kleine Andreasstr. 10 bei **Krugmann.**
" 2: Kopenhagener Str. 74 bei **Giesche.**
" 4: Neukölln, Rosenstr. 24 bei **Schenk.**
" 5: Bülowstr. 58 bei **Wiemers.**
" 6: Skalitzer Str. 59 bei **Mix.**
" 7: Charlottenburg, Wielandstr. 4 bei **Thunack.**
" 8: Malplaquetstr. 33 bei **Ullrich.**
Die Vertrauensmänner der einzelnen Werkstätten werden ersucht, für ihre Betriebe die Jahresberichte vom Bureau, Rungestr. 30, abzuholen.
84/2 Die Ortsverwaltung.

Reuters Werke
3 Bände 4 Mark
Buchhandlung Vorwärts

Metallbetten
Holzrahmenmatratzen, Kinderbetten, billigst an Private. Katalog frei. Eisenmöbelfabrik Suhl i. Thür.

Erscheint 2 mal wöchentlich.

Bezugsquellen-Verzeichnis.

Unterstehende Geschäfte empfehlen sich b. Einkauf.

Alkoholfr. Getränke
Franz Abraham Hamb. Messina- u. Römertrank-Kell. C. 25 Bartelstr. 8a, Fernsp. Kgst. 12706
Bade-Anstalten
Central-Bad Neukölln Anzengruberstr. 25.
Diana-Bad Koppenstr. 93 sämtliche Bäder.
National-Bad, Brunnenstr. 8.
Passage-Bad Kottbuser-Damm 79.
Reform-Bad, Wiener Str. 65.
Bäcker- u. Konditoreien
Br. Friedrich, Eisenbahnstr. 31.
A. Großkinsky, Boxhagenerstr. 27.
Oskar Banke's Brotbäckerei 75 Geschäfte in allen Stadtteilen Berlins sowie in Neukölln u. Treptow. Gegründet 1892.
F. Kiesewetter, Schivelbeinerstr. 16.
Felix Kynast, Dänenstr. 5.
G. Meier, Grünerweg 27.
Fr. Pribyl, Osnabrückerstr. 26.
Turban Filialen in allen Stadtteilen.
Emil Werk, Samariterstr. 8.
Otto Wolff, Treptow, Krüllst. 16
Zachau, Gr.-Lichterf., Chausseestr. 5a
Paul Zastrow, Stromstr. 33.
Bandagen, Gummiw.
R. Banke, Stralauer Str. 56.
E. Kraus, Kommandantenstr. 54.
A. E. Lange, Brunnenstr. 166
Drogen und Farben
Werder-Drogerie, Britz, Rudowerst. 5a

Butter, Eier, Käse
Wilhelm Göbel 25 eigene Filialen.
August Holtz 15 Detail-Geschäfte.
Herm. Kunert, Culmstr. 29
Gebrüder Manns 48 eigene Detailgeschäfte
Kosmalla, E., 4 Detail-Geschäfte
Schröter, R. 43 Verkaufsstellen 43
Uhly & Wolfram
Bierbrauerei, Bierhandlg.
Brauerei Bötzow empfiehlt Qualitätsbiere ersten Ranges.
Osw. Berliner Ur-Berliner, hell und dunkel

Brauerei Königstadt feinste Qualitätsbiere.
C. Habels Brauerei hell — Habelbräu — dunkel.
Münchener Brauhaus Berlin und Oranienburg
Trinkt Wanninger Bier!
Spandauerberg-Brauerei
Weissbier, C. Breithaupt, Pallisadenstr. 97 Tel. Kgst. 7951, 7952
Cigarrenfabriken
JUHL 250 GESCHÄFTE
J. Neumann 200 Niederlagen
Essigfabriken
Timmer-Essig überall erhältlich!

Cacao, Schokolade, Confitüren
SAROTTI Kakao und Schokolade preiswert beliebt in jedem Haushalt.
Eisen, Stahlw., Waffen, Werkz.
Carl Jung, Stromstr. 31.
Rühlmann, P., Müllerst. 40b, E. Seest
Fleisch- u. Wurstw.
W. Beck Inh.: Herm. Gerbach Charlottenburg, Berlinerst. 68-69 Fleisch- und Wurstwarenfabrik
Willy Gericke, Petersburgerstr. 31
Otto Kengel, Alte Jacobstr. 26.
Leehke, Joh. Rostockerstraße 43. Fleisch. u. Wurstfabr.
Hüte, Mützen, Pelzwaren
Schoerr, Herm., Wilmersd.-St. 46
Vester, E. Kottbuser-Damm 18/19
Herren- u. Knabengard.
J. Baer Badstr. 26, Ecke Prinzen-Allee.
Fablisch & Co. Rosenthalerstr. 2. Eckhaus Linienstr
Leske & Slupecki, Schönh.-Allee 78 a

Kolonialwaren
Fritz Hübner, Schliemannstr. 11.
Franz Richter, Malplaquetstr. 25/26
Kaffee-Rösterei
A. Zuntz sel. Wwe. Filialen und Niederlagen in allen Stadtteilen. Nur reelle Qualitäten
Anerkannt vorteilhafte Bezugsquelle Kaffee, Tee, Kakao und Schokolade etc.
Hamburger Kaffee-Importgeschäft **Emil Tengelmann**
Mehlhandlungen
Bethke, Georg, Muskauerstraße 44. Neukölln, Elbestr. 23, Kaiser-Friedr.-Str. 64, Weserstr. 189, Friedelstr. 33 Treptow, Grätz-Straße 44.
Gaege, Otto Charlottenburg.
F. Pflugmacher, Colonnenstr. 48.
F. W. Sichler Wrangelstr. 73 Ecke Cuvrystr.
Kurz-, Weiß-, Wollw., Trikotag.
Hermann Meyer, Schivelbeinerst. 31.
Photogr. Apparate
M. Albrecht SO. Kottbuserstr. 3, auch Gelegenheitskf.
Photo-Jansen, Hauptstr. 23.

Nähmaschinen
Bellmann, E., Gollnowstr. 26 Nähmaschinen
Singer Nähmaschinen Läden in allen Stadtteilen.
Optiker, Mechaniker
Groß, Paul, Warschauerstr. 66.
Schubert, Carl, Nklln. Bergstr. 146
Schreibwaren
O. Prochnow, Nklln. Hermannstr. 89
Uhren u. Goldwaren
Lehmann, Alb., Frankf. Allee 40
Weine, Liköre, Fruchtsäfte
Hugo Boling 60 Filialen in allen Stadtteilen.
Herm. Meyer & Co. Act.-Ges. ca. 550 Verkaufsstell. Gr.-Berl.
Underberg Boonekamp SEMPER IDEM anerkannt bester Bitterlikör

Meierei C. Bolle A.-G. Berlin N.W. 21 Alt Moabit 98/103 Ältester und grösster Milchwirtschaftlicher Grossbetrieb
Molkereien
„Schweizerhof", Meierei und Milchkuranstalt. Emdener Str. 46. Tel. II 2505.
Versicherungen
„Deutschland" Berlin Arbeiterversicherung — Schützen-Sterbekassenversicherg. straße 3.
Wirtschaften, Etablissem.
Hackepeter Schöneberg Hauptstr. 139.
O. Rohloff, Ufers. 1, Brauerei Königstadt
Original-Schultheiß-Ausschank Alexanderpl., Rich. Schloßsalon.
Mahlsdorf
Frau A. Pagel, Kolonialwaren.
Mariendorf
H. Wagner, Chausseestr. 11, Fleisch.-Wurstw
Spandau
Scheuerlein, Breitest. 15, Fleisch.-, Wrstw

Zeitungs-Ausgabestellen und Inseraten-Annahme.

Centrum: Albert Habnisch, Ackerstr. 174, am Koppenplatz. Geöffnet von 11—1½ und von 4½—7 Uhr.
2. Wahlkreis: S. und SW.: Gustav Schmidt, Bärwaldstr. 42, an der Gneisenaustraße. Geöffnet von 11—1½ und von 4½—7 Uhr.
3. Wahlkreis: St. Fritz, Prinzenstr. 31, Hof rechts part. Geöffnet von 11—1½ und von 4½—7 Uhr.
4. Wahlkreis: Osten: Robert Wengels, Markusstr. 36. Geöffnet von 11—1½ und von 4½—7 Uhr. — Karl Melle, Petersburgerplatz 4. (Laden). Geöffnet von 11—1½ und von 4½—7 Uhr.
4. Wahlkreis, Südosten: Paul Böhm, Lausitzerplatz 14/15. Geöffnet von 11—1½ und von 4½—7 Uhr.
5. Wahlkreis: Leo Hucht, Immanuelkirchstr. 12 (Hof). Geöffnet von 11—1½ und von 4½—7 Uhr.
6. Wahlkreis (Moabit): Salomon Joseph, Wilhelmshavener Straße 48. Geöffnet von 11—1½ und von 4½—7 Uhr.
Wedding: K. Hänisch, Müllerstr. 34a Ecke Utrechter Str., Laden Geöffnet von 11—1½ und von 4½—7 Uhr.
Rosenthaler und **Oranienburger Vorstadt:** A. Wolgast Wattstraße 9. Geöffnet von 11—1½ und von 4½—7 Uhr.
Gesundbrunnen: Fischer, Bastianstr. 6, Laden. Geöffnet von 11—1½ und von 4½—7 Uhr.
Schönhauser Vorstadt: Karl Mars, Greifenhagener Str. 22. Geöffnet von 11—1½ und von 4½—7 Uhr.
Adlershof: Karl Schwarzlose, Bismarckstr. 28. Geöffnet von 7 Uhr morgens bis 8 Uhr abends.
Alt-Glienicke, Falkenberg: Wilhelm Dürre, Köpenicker Str. 6.
Baumschulenweg: H. Hornig, Marienthaler Str. 13, I.
Bernau, Röntgental, Zepernick, Schönow, Schönbrück und **Buch:** Heinrich Brose, Mühlenstr. 5, Laden.
Bohnsdorf: Paul Genisch, Bohnsdorf, Genossenschaftshaus „Paradies".
Charlottenburg: Gustav Scharnberg, Sesenheimer Str. 1. Geöffnet von 11—1½ und von 4½—7 Uhr.
Eichwalde, Schmöckwitz: Oskar Wahle, Bismarckstr. 4.
Erkner, Neu-Zittau: Gubela, Waldstr. 11.
Fredersdorf-Petershagen, Eggersdorf: Uffenwasser, Petershagen.
Friedenau, Steglitz, Südende, Groß-Lichterfelde, Lankwitz: H. Bernsee, Albenstr. 5 in Steglitz. Geöffnet von 11—1½ und von 4½—7 Uhr.
Friedrichshagen, Fichtenau, Rahnsdorf, Schöneiche-Kl.-Schönebeck: Ernst Werkmann, Friedrichshagen, Köpenicker Straße 18.
Grünau: Franz Klein, Friedrichstr. 10.
Johannisthal, Rudow: Max Gonschur, Parkstr. 23
Karlshorst: Hermann Billing, Dönhoffstr. 28.
Königs-Wusterhausen, Wildau, Niederlehme: Friedrich Baumann, Luckenwalder Straße 5.
Köpenick: Emil Bitzler, Kietzerstr. 6, Laden. Geöffnet von morgens 7 Uhr bis abends 8 Uhr.
Lichtenberg I, Friedrichsfelde, Hohenschönhausen: Otto Seifel, Wartenbergstraße 1 (Laden). Geöffnet von 11—1½ und von 4½—7 Uhr.
Lichtenberg II, Rummelsburg, Stralau: A. Rosenkranz, Alt-Boxhagen 56. Geöffnet von 11—1½ und von 4½—7 Uhr.
Mahlsdorf, Kaulsdorf, Biesdorf: P. Hezberg, Kaulsdorf, Ferdinandstraße 17.
Mariendorf, Marienfelde: August Leip, Chausseestr. 29.
Neuenhagen, Hoppegarten: Wolszczkowski, Dorfstraße 14.
Neukölln: M. Heinrich, Neckarstr. 2, im Laden. Geöffnet von 9—2 und von 4—7 Uhr; Neukölln, Britz: Rohr, Siegfriedstraße 28/29. Geöffnet von 11—1½ und von 4½—7 Uhr.
Nieder-Schöneweide: Wilhelm Unruh, Brückenstr. 10, II.
Nowawes: Karl Krohnberg, Eisenbahnstr. 10.
Ober-Schöneweide: Alfred Bader, Wilhelminenhofstr. 17, Laden Geöffnet von 7 Uhr morgens bis 8 Uhr abends.
Pankow, Niederschönhausen, Nordend, Frz.-Buchholz, Blankenburg: Ritzmann, Mühlenstr. 30. Geöffnet von 11—1½ und von 4½—7 Uhr.
Reinickendorf-Ost, Wilhelmsruh und **Schönholz:** B. Gurich, Provinzstr. 56, Laden. Geöffnet v. 11—1½ u. 4½—7 Uhr.
Schenkendorf b. Königs-Wusterhausen: Chr. Hantschke, Dorfstr. 10.
Schöneberg: Wilhelm Säumler, Meininger Straße 9, im Laden. Geöffnet von 11—1½ und von 4½—7 Uhr.
Spandau, Nonnendamm, Staaken, Seegefeld und **Falkenhagen:** Schumacher, Breitestr. 64. Geöffnet von 8 Uhr morgens bis 8 Uhr abends.
Tegel, Borsigwalde, Wittenau, Waldmannslust, Hermsdorf, Hohen-Neuendorf, Birkenwerder, Freie Scholle u. Reinickendorf-West: Paul Kienast, Borsigwalde, Räuschstraße 10. Geöffnet von 11—1½ u. von 4½—7 Uhr
Teltow: Leuschner, Havelstr. 2.
Tempelhof: Rob. Krohn, Borussiastr. 62.
Treptow: Rob. Gramenz, Kiefholzstraße 412, Laden. Geöffnet von 7 Uhr morgens bis 8 Uhr abends.
Weißensee, Heinersdorf: Gust. Rohkopf, Berliner Allee 11.
Wilmersdorf, Halensee, Schmargendorf: Paul Schubert, Wilhelmsaue 27.
Zeuthen, Miersdorf: Wilh. Schulz, Zeuthen, Ziethenstr. 16.
Zossen: Rönnebeck, Stubenrauchstr. 27.

Sämtliche Parteiliteratur sowie alle wissenschaftlichen Werke werden geliefert
Sonntags sind die Ausgabestellen geschlossen.

Verantwortlicher Redakteur: Alfred Wielepp, Neukölln. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.